

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

47. Woche für die Zeit vom 19. November bis 25. November 1898.

Posen, den 28. November 1898.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 265 des Oredownik
vom 20. November 1898:

Betrifft die Angelegenheit des Abgeordneten Dr. von Dziembowski.

Aus Jarotschin, 18. November.

„In der vorigen Woche haben sich auf Antrag des polnischen Wahlkomitees in Breschen die Kreiswahlkomitees von Pleschen, Jarotschin und Breschen in Jarotschin versammelt. Das Breschener Wahlkomitee hat sich bereits früher an die beiden anderen hieran beteiligten Wahlkomitees mit dem Ersuchen gerichtet, den ihrerseits gegen die Wahl von Dziembowski eingelegten Protest zurückzunehmen; da dies aber keinen Erfolg hatte, so glaubte das Breschener Komitee, in einer gemeinsamen Sitzung der drei Wahlkomitees das angestrebte Ziel erreichen zu können. Das Breschener Komitee hat in 2½stündigen Ausführungen die Kandidatur Dziembowski unterstützt, doch bestehen sowohl das Pleschener wie das Jarotschiner Komitee darauf, daß Dr. v. Dziembowski sein Mandat niederzulegen habe.“ — Soweit der Korrespondent des Oredownik; seinen Ausführungen fügt das Blatt Folgendes hinzu: „Es wäre interessant zu erfahren, wie man sich in den Kreisen des Dziennik das Zurückweichen der Opposition und die Erhaltung des Reichstagsmandats für Herrn von Dziembowski denkt. Weder das Eine noch das Andere sei ohne Verleugnung des politischen Charakters möglich. Die Opposition hat hier mit sich selbst, d. h. mit der von ihr einmal eingenommenen Stellung zu rechnen, und Herr von Dziembowski muß ebenfalls mit sich, d. h. damit rechnen, was er den Wählern schuldig ist.“

Aus Nr. 257 des Lech
vom 12. November 1898:

Arbeitermangel.

Gelegentlich der Versammlung des Bundes deutscher Landwirthe Ostpreußens wurde in voriger Woche ein dahin lautender Beschluß gefaßt, der Provinzialvorstand des Bundes solle bei der Regierung vorstellig werden, daß sie, falls sie zur Lösung der brennenden Arbeiterfrage im Osten keine besseren Mittel wisse, die Niederlassung polnischer Arbeiter

zur dauernden Beschäftigung gestatte. Zwei deutsche landwirthschaftliche Vereine stellten bei dem landwirthschaftlichen Zentralverbande Ostpreußens sogar den gemeinschaftlichen Antrag, der Zentralverband solle in entsprechender und dringender Weise dahin wirken, daß es den polnischen Arbeitern aus Rußland gestattet werde, sich hier niederzulassen. Dieselben polnischen Arbeiter, welche Bismarck vor einigen Jahren in so schändlicher Weise über die Landesgrenze ausweisen ließ, werden jetzt von seinen eifrigsten Anhängern zurückverlangt. Dies schmeichelt uns gewissermaßen, denn hierdurch wird bewiesen, daß es einen besseren und fleißigeren Arbeiter, als den polnischen, nicht giebt. Doch gehen wir etwas weiter. Zu derselben Zeit, wo die deutschen Heißsporne die Zulassung polnischer Arbeiter verlangen, genau zu derselben Zeit und in derselben Gegend (in Ostpreußen) macht der Schriftführer des H.-R.-T.-Vereins eine Rundreise, um neue hofatistische, also dem Polenthum feindliche Gruppen zu gründen. Ist das nicht eine an Gemeinheit grenzende Ironie?! Warten wir jedoch ruhig die Zeit ab, das Schicksal der Menschen liegt ja in Gottes Hand. Die neueste Reise des H.-R.-T.-Sekretärs nach den Ostmarken beweist deutlich, wie viel Kummer den deutschen Heißspornen das arme, unterdrückte polnische Volk macht, welches sie mit Gewalt aus seinen uralten Sitzen vertreiben möchten.

Aus Nr. 261 des Kuryer Poznański
vom 15. November 1898:

Betrifft Wahlangelegenheiten.

Wie dem Dziennik Poznański berichtet wird soll in einigen Kreisen beschlossen worden sein, jetzt nach den Wahlen Bezirks-Versammlungen abzuhalten, in welchen „nicht nur alles Das, was bei den letzten Wahlen geschehen ist, besprochen werden soll, sondern in welchen auch sorgfältig bedacht werden soll, wie die gesammelten Erfahrungen in der Zukunft zu verwerthen seien.“ Soweit uns bekannt, haben seit jeher alle Komitees die Verpflichtung, dem Provinzialkomitee eingehende Referate über die jedesmaligen Wahlen einzusenden und derartige Berichte haben wir in den Akten des Provinzialkomitees bereits gesehen. Wenn dies noch nicht alle Komitees gethan haben, so müßten sie an ihre Pflicht erinnert werden und der Schriftführer des Provinzialkomitees müßte auf Grund der einzelnen Berichte eine allgemeine Statistik der Landtags- und Reichstags-Wahlen fertigen und solche durch Abdruck bekannt geben, damit die Presse bei künftigen Wahlen weiß, nach welcher

Seite hin sie ihre Aufmerksamkeit zu richten hat. Deshalb müssen auch zu Schriftführern des Kreis-Komitees und namentlich zum Schriftführer des Provinzial-Komitees nur Leute gewählt werden, welche nicht zu sehr durch ihre berufliche Thätigkeit in Anspruch genommen sind, sondern genug Zeit haben, die übernommenen Pflichten zu erfüllen.

Die oben erwähnte Statistik braucht natürlich nicht alle Geheimnisse enthalten, das heißt solche Einzelheiten, welche in Bezug auf den Gegner geheim bleiben sollen.

Aus Nr. 267 des Dziennik Poznański
vom 23. November 1898:

Wahlanglegenheiten.

Die hiesigen Freimüthigen schließen fast gleichzeitig Kompromisse nach zwei Seiten ab. Durch das Kompromiß mit den Polen brachten sie ihren Kandidaten für die Stadt Posen durch, dafür revanchirten sie sich aber in den Posener Kreisen in der Weise, daß der polnische Kandidat durchfiel. Jetzt bei den Stadtverordnetenwahlen hat der Freisinn mit den Konservativen ein Kompromiß abgeschlossen, um auf diese Weise den beiderseitigen Besitzstand zu erhalten. Wir waren der Ansicht, daß für die guten Dienste, welche die Polen der freimüthigen Partei durch die Wahl des p. Kindler erwiesen haben, jene Partei sich veranlaßt sehen würde, bei den Stadtverordnetenwahlen den Bezirk: „Alter Markt“, so wie dies vor fünf Jahren der Fall war, den Polen zu überlassen. Nun erfahren wir aber, daß in jenem Bezirk der Kaufmann Asch als Kompromißkandidat aufgestellt worden ist. Das ist ja eine schöne Dankbarkeit und Loyalität. Wir werden uns das merken. Unter solchen Umständen müssen wir alle unsere Kräfte anstrengen, um den Bezirk wiederzugewinnen. Bei guter Agitation ist das möglich, wie wir dies schon einmal vor Jahren bewiesen haben, als in jenem Bezirk Herr Sanitätsrath Professor Dr. Wicherkiewicz gewählt wurde. In dem Wallischei-Wahlbezirk beschloß das freimüthig-konservative Kompromiß gar keine Kandidaten aufzustellen, weil dort den Polen die Mehrheit gesichert ist.

Aus Nr. 263 des Dziennik Poznański
vom 18. November 1898:

Janowik.

Als Opfer der letzten preussischen Landtagswahl fiel der bei der hiesigen Kornhausgenossenschaft beschäftigte Maschinist August Seidel. Der Regierungs-Magister kündigte ihm sofort die Stelle, weil er für den polnischen Kandidaten gestimmt hatte. Der Magister sagte: „Der muß sofort raus und wenn der ganze Betrieb stehen bleibt.“ Der p. Seidel ist ein guter deutscher Katholik, ein nüchterner und fleißiger Mensch; er wurde gezwungen zur Wahl zu gehen und er gab einem Polen seine Stimme deshalb, weil er als Katholik nicht für einen Protestanten und Juden stimmen wollte. Vielleicht kann einer der geehrten Leser dem p. Seidel eine Stelle nachweisen.

Aus Nr. 263 des Kuryer Poznański
vom 18. November 1898:

Ein wichtiger Moment.

Unter dieser Ueberschrift erhalten wir folgende Korrespondenz:

Bromberg, den 15. November.

Dem Vorgehen der Danziger Regierung ist nun auch die Bromberger gefolgt, indem sie eine geheime Anordnung erlassen hat, welche durch Vermittelung der Schulinspektoren in diesen Tagen den Lehrern des Bromberger Regierungsbezirks bekannt gegeben worden ist.

In diesem Erlasse spricht die Regierung die Erwartung aus, daß die Lehrer nicht nur in der Schule, sondern auch in ihrer Familie den deutschen Geist, deutschen Patriotismus und die deutsche Sprache pflegen, daß sie ferner auch nach außen hin überall und immer so auftreten, daß sie durch ihr Beispiel die polnische Gesamtheit dazu bringen werden, sich hinsichtlich der Sitten und der Sprache mit den Deutschen von Geburt zu verschmelzen.

Außerdem sollen die Lehrer durch ihr Auftreten einen Druck auf die Kirche ausüben, damit auch dieses Institut in derselben germanisatorischen Richtung den Staatsinteressen dienstbar gemacht werde. Ferner sollen die Lehrer für sich und ihre Familien und ebenso für diejenigen Kinder, welche in der Schule als Deutsche gelten, deutsche Predigten fordern; sie sollen ferner von den katholischen Geistlichen fordern, daß ihren Kindern und allen denjenigen Schülern, welche in der Schule den Religionsunterricht in deutscher Sprache genießen, auch wenn sie polnischer Nationalität wären, der kirchliche Vorbereitungsunterricht für die heilige Kommunion in deutscher Sprache ertheilt werde. Schließlich legt jener Erlaß den Lehrern die Verpflichtung auf, vor der Predigt und nach dieser in der Kirche deutsche Kirchenlieder zu singen, und zwar selbst dort, wo dies bisher nicht üblich war.

Wie es scheint, ist dies der Anfang eines schlimmeren Kampfes, als es der verfloßene Kulturkampf war.

Nicht nur die deutschen, sondern auch die polnischen Lehrer sollen als Mittel dienen, von der Kirche zu fordern, daß sie germanisatorischen Interessen diene. Es wird nun von einer gewissen Seite eine Reihe von Denunziationen beginnen, und nach diesen werden die verschiedensten Zwistigkeiten zwischen Schule und Kirche eintreten. Eine solche Art und Weise, das Abhängigkeitsverhältniß der Lehrer von den Schulbehörden auszunutzen, sie aus der Rolle edler Erzieher und Förderer der Aufklärung heraus in friedlicher Weise als Sturmböcke zu gebrauchen, welche auf die eigentliche Bestimmung der Kirche und die häusliche Erziehung losstürmen sollen, eine solche Art und Weise, die Lehrer als Untergrabungsmittel der Zugehörigkeit der polnischen Schüler und ihrer Eltern zu ihrer Muttersprache und ihrer Nationalität zu benutzen, ist bisher selbst nicht einmal in Rußland angewendet worden.

Es ist ein entscheidender Moment herangekommen. Aber unsere ehrwürdige Geistlichkeit wird auf der Höhe ihrer Aufgabe verharren und wird den Versuchenden Widerstand entgegensetzen, welche dahin abzielen, die Kirche als Germanisierungsmittel auszunutzen. Ebenso werden die polnischen Eltern angesichts so durchsichtiger Absichten die würdige Stellung einer zwar loyalen, aber aufrichtig an ihrer Nationalität hängenden Nation einnehmen!

Aus Nr. 264 des Oredownik
vom 19. November 1898:

Germanisirung durch die Kirche.

Unter diesem Titel schreibt der Oredownik mit Bezug auf die Nachricht des Kurjer über die angeblich von der Regierung zu Bromberg an die Volksschullehrer gerichteten geheimen Weisungen betreffend Befundung deutscher Gesinnung:

Was uns betrifft, so können wir kaum glauben, daß die preussischen Behörden in den ehemals polnischen Landestheilen nach den Erfahrungen, die sie bisher mit der Schule gemacht haben, den polnischen oder deutschen Lehrern zutrauen sollten, daß es in deren Macht liege, polnische Kinder mit geborenen Deutschen, wenn auch nur theilweise zu verschmelzen. Das sieht mehr einer krankhaften Phantasie, einem verzweifelten Einfall ähnlich, als einem ernstlichen politischen Projekt. Herr Dr. Rudenick hat diesen Gedanken zwar in Jarotschin unterstützt; aber nach fünfundsiebenzigjährigem Wirken des Schulapparats kann man das ebenfalls nur als eine verzweifelte Anstrengung, als einen frommen Wunsch des Herrn Kreis-Schulinspektors ansehen. Die polnische Bevölkerung ist trotz aller Niederlagen in ihrem gesammten sozialen Verstande noch zu stark und zu kräftig, als daß einige Schwadronen Pädagogen sie aus ihren Grundfesten heben könnten.

Noch schwerer ist daran zu glauben, was der Korrespondent des Kurjer von einem Druck der Lehrer auf die Kirche schreibt. Das würde ja wie eine Herausforderung der Geistlichkeit und der Bischöfe aussehen! Sollten bei uns die Verhältnisse zwischen beiden Behörden, der weltlichen und der geistlichen, schon soweit gediehen sein? Gegenwärtig ist dies schwer zu glauben, aber bei uns ist Alles möglich. Es bedarf dazu sogar keiner besonderen sprachlichen Vorschriften; denn auch ohne solche haben die Kreis-Schulinspektoren schon seit Langem in die Privatwohnungen der polnischen Lehrer Einblick gehalten, in ihre Bücher und Bilder; sie haben die Lehrerfrauen mit Bezug auf die Familienverhältnisse angesprochen. Auch ohne diese Verfügungen hat man auf jede nur mögliche Art für die Germanisirung durch die Kirche Sorge getragen. Möglich, daß dies jetzt in Bausch und Bogen formulirt worden ist. Der Kurjer kündigt außerdem an, daß er sich ausführlicher über die Verfügungen auslassen werde, die in der vorigen Woche den an den Posener und den Nachbarschulen angestellten Lehrern vorgelesen worden seien.

Die Ausführungen des Kurjer sind insofern interessant, als man sich bisher stets in dem Blatte enttäuscht hat, so oft von anderer Seite auf die Gefahr der „Germanisirung durch die Kirche“ hingewiesen worden ist. Es ist auch anzunehmen, daß der Kurjer in Zukunft hiergegen auch bei den Bischöfen Hilfe suchen wird, nicht bei der „ehrwürdigen Geistlichkeit“ allein. Wir erinnern daran, daß der jetzige Breslauer Fürstbischof vor einigen Jahren ein geheimes Rundschreiben an seine Geistlichkeit erlassen hat, das in manchen Punkten durchaus an die erwähnten Verfügungen und an die Einfälle des Herrn Dr. Rudenick erinnert.

Aus No. 264 des Kurjer Poznański
vom 19. November 1898:

In welcher Absicht?

Der Schulinspektor Herr Rudenick, welcher den Lehrer Schlabs aus Jarotschin dazu bewogen hat,

das bekannte Referat über die Pflichten der Lehrer angesichts des Runderlasses des Staatsministeriums vom 12. April d. Js. zu bearbeiten, enthüllte uns die Intentionen der Posener Regierung, welche im Geheimen durchgeführt werden sollten. Er ist auch nicht deswegen versetzt worden, weil er in seinem „Patriotismus“ zu weit gegangen ist, sondern lediglich deshalb, weil er allzu offen gehandelt hat.

Augenscheinlich haben alle Regierungen, in deren Bezirken Polen wohnen, den Beschluß gefaßt, von nun an mit vollen Segeln auf eine rasche Germanisirung der polnischen Kinder hinzuwirken.

Die Thätigkeit der Schule in dieser Richtung halten die Behörden als allzu langsam, in Folge dessen sollen die Lehrer, welche als Beispiel für das Sich-Entäußern der polnischen Nation seitens einzelner Personen und ganzer Familien dienen, zu Hilfe kommen. Die Lehrer sollen außerdem auf die Kirche einen Druck ausüben, damit diese ebenso der Germanisirung diene.

Diese Pläne ersieht man nicht nur aus dem Runderlaß der Danziger Regierung und dem Auftreten des Herrn Schlabs, welcher ein Werkzeug des Schulinspektors Herrn Rudenick war, sondern auch aus dem geheimen Runderlaß der Bromberger Regierung, welcher in diesen Tagen den Lehrern durch Vermittelung der Schulinspektoren mitgetheilt worden ist, und schließlich aus der Nachricht von zwei Erlassen, welche in der vergangenen Woche an Lehrer der Posener Schulen und diejenigen aus der Umgegend von Posen ergangen sind.

Der Eine von diesen, welcher ausschließlich die katholischen Lehrer betrifft, welche den Religions-Unterricht in deutscher Sprache erteilen, wurde zwar den betreffenden Lehrern vorgelesen, aber er wurde Niemandem eingehändigt.

Diese Vorsicht hat man unzweifelhaft deshalb bewahrt, damit jener Erlass in seinem Wortlaut nicht zur öffentlichen Kenntniß gelange. Nach den Informationen, die wir erhielten, soll er über zwanzig Fragen enthalten.

In diesem Fragebogen verlangt die Regierung von den Lehrern durch Vermittelung ihrer Schulinspektoren unter Anderem Folgendes:

1) ein Verzeichniß derjenigen Schüler, welche in der Schule den Religionsunterricht in deutscher Sprache genießen, (die polnischen Schüler, welche in diesem Lehrgegenstande unter verschiedenen Vorwänden den deutschen Abtheilungen zugetheilt worden sind, sollen als geborene Deutsche angesehen werden).

2) Angabe derjenigen Kirchen, in welchen die älteren von jenen angeblich deutschen Schülern den Vorbereitungs-Unterricht zur heiligen Kommunion genießen.

Ueber das Resultat dieser Nachforschungen werden wir mit Bestimmtheit unverzüglich Nachricht erhalten. Aber schon heute vermögen wir dem Verfasser jenes geheimen Fragebogens zu versichern, daß die Kirche beim Vorbereitungsunterricht für die heilige Kommunion nicht aufhören wird, lediglich das Seelenheil im Auge zu behalten.

Vor Jahren fing man an, auf die Geistlichen der Franziskaner-Kirche einen Druck auszuüben, um diese für die Pläne der Regierung geneigt zu machen. Die Sache scheiterte aber an der Ansicht der betreffenden Pfarrer, welche einzig und allein darüber entscheiden können, in welcher Sprache die Schüler den Vorbereitungs-Unterricht zu der heiligen Kommunion erteilt erhalten sollen.

In dem zweiten Erlass der Bromberger Regierung, welcher einen geheimen Charakter nicht besitzt, wird von allen Klassen-Ordinaren eine Liste derjenigen Schüler gefordert, welche die Schule als Deutsche

erachtet, ohne Rücksicht darauf, in welcher Sprache sie den Religionsunterricht genießen.

Die weiteren Beantwortungen dieses Fragebogens, z. B. auf die Frage, welcher Sprache sich die Eltern der betreffenden Kinder zu Hause bedienen, sollen ausschließlich von den Leitern der Schulen gegeben werden.

Wir machen diese Mittheilung, damit uns noch weitere Regierungserlasse in dieser Frage nicht unvorbereitet treffen.

Aus Nr. 263 des Ogedownik
vom 18. November 1898:

Uferlose Phantasie.

Die Deutschen behandeln gegenwärtig einige Angelegenheiten, von denen sie selbst sagen, daß dabei Einfälle ohne Ende reisten, die Phantasie endlos in Anspruch genommen werde. Zu diesen Angelegenheiten gehört auch — die Germanisirung durch die Schule. Hier und da fügt die Schule — wir bestreiten das nicht — dem polnischen Element nicht unbeträchtlichen Schaden zu, und so mancher Schaden wird sogar schwer wieder wett zu machen sein; daß aber heute die Germanisirung durch die Schule ihren Zweck erreichen könnte, das ist in der That — eine uferlose Phantasie.

Die hiesigen Blätter — Dziennik und Kuryer — berichten an der Hand des Kreisblatts über eine Lehrerkonferenz, die am 7. d. M. unter dem Vorsitz des Kreis-Schulinspektors Dr. Rudenick in Jarotschin stattgefunden hat. Das Referat hatte der Hauptlehrer Schlabs aus Jarotschin. Nach dem Referat und der Diskussion darüber, was der Lehrer heute zu thun habe, einigte man sich auf folgende Beschlüsse: (Folgen die aufgestellten Thesen.)

Die lustigste These ist die letzte, worin die versammelten Lehrer des Kreises Jarotschin geloben, in dem gekennzeichneten Sinne wirken und sich des Vertrauens der kaiserlichen Regierung und der gesamten deutschen Nation würdig zeigen zu wollen.

Die deutschen Blätter berichten, Dr. Rudenick sei bereits nach Gelsenkirchen in Westfalen versetzt worden. Ob dies nun aus Anlaß jener Konferenz oder aus einem anderen Grunde geschehen ist, — jedenfalls ist es schade, daß er nicht am Orte geblieben ist. Das Interesse der polnischen Nationalität könnte mehrere solcher Kreisschulinspektoren gebrauchen. Gerade solche Leute tragen nicht wenig dazu bei, daß der nationale Geist im polnischen Volke erwacht.

Aus Nr. 266 des Wielkopolanin
vom 22. November 1898:

Im Anschluß an eine Besprechung der Gerichtsversammlung in dem Beleidigungsprozeß des Pfarrers Sobeski gegen den Redakteur des Posener Tageblatts Reißmüller macht der Wielkopolanin folgende Bemerkung:

Wir wollen auch das hervorheben, daß gleich am Anfang des Prozesses das Gericht den Antrag des beklagten Redakteurs annahm, daß ihm erlaubt werde, neben dem Verteidiger und nicht auf der für die Angeklagten bestimmten Anklagebank Platz zu nehmen. Es ist dies ein sogenannter casus praecedens für unsere Redakteure, welche wegen gewisser Artikel angeklagt werden. Mögen sie sich auf den Beschluß des Gerichts berufen und bitten, daß ihnen

während der Dauer der Verhandlung ebenso gestattet werde, nicht auf der Anklagebank Platz zu nehmen. „Was dem Einen recht, ist dem Andern billig“ sagt ein deutsches Sprichwort und die Gerechtigkeit hat die Augen verbunden, sie kennt also keine Parteilichkeit.

Aus Nr. 265 des Ogedownik
vom 20. November 1898:

Betrifft die Fortbildungsschule.

Die Klagen über die städtische Fortbildungsschule für Handwerkslehrlinge werden immer lebhafter. Jetzt besuchen die Knaben nicht an den Abenden, sondern am Tage die Schule, und zwar zweimal wöchentlich von 3 bis 7 Uhr. Von 1 bis 3 Uhr Mittags machen sie in der Werkstelle nichts mehr, Abends nach 7 Uhr auch nicht. Die Meister verlieren in jeder Woche einen ganzen Tag an den Lehrlingen, so daß dieselben in der Woche nicht sechs, sondern nur fünf Tage lang arbeiten.

Jetzt vor Weihnachten, wo man sich in allen Werkstellen beeilt, zahlreiche Arbeiten fertig zu stellen, können sich manche Werkstellen überhaupt nicht ohne diese Lehrlinge behelfen, und jene von der Regierung eingeführte Schule wird geradezu zu einem Unglück für die Werkstellen.

Mancher schickt die Lehrlinge nicht zur Schule, andre nehmen solche überhaupt nicht an, mit einem Worte, die Handwerker sind rathlos. Man rathschlägt, was man gegenüber diesem für das Handwerk unglücklichen Umstände anfangen soll.

Für die Lehrer bedeutet die Verlegung der Unterrichtsstunden auf den Tag eine große Bequemlichkeit, da sie nun die Abende frei haben. Die Jungen setzen den Lehrern auch am Tage nicht soviel zu, wie am Abend. Sollen deshalb die Handwerker Schaden leiden?

Manchen scheint es, daß die Schule auch die Germanisirung fördere. Darauf erwidere ich, daß der polnische Patriotismus seit dem Bestehen dieser Schule in den Knaben entbrannt ist. Sie werden widerspenstig, feck aus Ungeduld; denn niemand sagt ihnen bezüglich dieser Schule ein gutes Wort; aber sie werden auch Patrioten zum Trotz. Auf diesem Wege wird es niemand zur Verdeutschung bringen, selbst wenn man hinter jeden Jungen einen Schutzmännchen stellt. Man reizt die Lehrlinge und die Meister nur.

Aus Nr. 138 der Gazeta Ostrowska
vom 22. November 1898:

Fast unmöglich, aber doch wahr.

Ostrowo.

In unserer Stadt herrschte früher unter den Bürgern verschiedener Nationalität und verschiedenen Bekenntnisses eine musterhafte Eintracht, man achtete sich gegenseitig und gab einander in wichtigen und grundsätzlichen Angelegenheiten nach. Seit einiger Zeit haben sich die Verhältnisse geändert; wir verdanken dies den hiesigen H.-R.-Listen und vor Allem den Leitern dieses ehrwürdigen Vereins. Schon vor zwei Jahren wurde zu den Stadtverordnetenwahlen das Lösungswort herausgegeben, daß unsere Mitbürger deutscher Nationalität zusammen mit den Juden in der dritten Klasse die zur Wahl aufgestellten

polnischen Kandidaten nicht durchkommen lassen möchten. Das Kunststück gelang, unsere Kandidaten sind durchgefallen. Wir trösteten uns damit, daß noch 5 Polen in der Stadtverordnetenversammlung saßen. Dieser Trost war von nicht langer Dauer. Am künftigen Donnerstag soll die gesetzlich vorgeschriebene Wahl von sieben neuen Stadtverordneten erfolgen. Von unseren Landsleuten treten nach Ablauf der sechs-jährigen Amtsdauer aus: Rechtsanwalt Kuzner und Roman Wlazlo. Der Erstgenannte ist bereits 14 Jahre, der zweite 12 Jahre lang Stadtverordneter. Diese Herren erfüllten immer mit Eifer ihre Pflicht und hatten nur das Wohl unserer Stadt im Auge, ohne irgend welche nationalen Kämpfe zu führen. Wir glaubten, daß die Neuwahl dieser beiden um die Stadt so wohlverdienten Männer, niemals auf einen Widerstand stoßen werde. Darin täuschten wir uns aber gewaltig. Am Freitag fand eine von den Deutschen einberufene Vor-Wahlversammlung statt. Es versammelten sich ungefähr 40 Personen, zum größten Theil der Intelligenz und dem höheren Beamtenstande angehörig. Unter dieser Schaar wurde das Lösungswort herausgegeben: keine Polen mehr in die Stadtverordnetenversammlung hereinzulassen. Bei den jetzigen und den künftigen Wahlen müssen die Deutschen nur für ihre Landsleute stimmen, und weil sie in allen drei Klassen die Mehrheit besäßen, müßten sie mit der Zeit alle Polen aus der Stadtverordnetenversammlung herausdringen. Dieses Lösungswort fand allgemeine Beistimmung, nur zwei jüdische Rechtsanwälte verurtheilten kühn ein solches Bestreben, indem sie billiger Weise und logisch ausführten, daß die Polen in Ostrowo in der Stadtverordnetenversammlung ihre Vertreter durchaus haben müßten und daß die Beseitigung derselben bei den Polen, deren es in Ostrowo gegen 6000 gäbe, billiger Weise große Erbitterung hervorrufen und die Beziehungen zwischen ihnen und den übrigen Mitbürgern nur noch mehr zuspitzen müsse, was niemals zum Nutzen der Stadt gereichen könne, denn nur gemeinschaftliche und einmüthige Arbeit vermöge unsere Stadt zu heben.

Diese Stimmen verhallten aber, wie die Stimme eines Rufenden in der Wüste; fast einstimmig wurde die Kandidatur der Herren Kuzner und Wlazlo abgelehnt, und es wurden zu Kandidaten aufgestellt: Hahn und Josephi, indem dieser Beschluß damit motivirt wurde, daß die Polen für den Kirchen- und Schulvorstand auch nur ihre Landsleute wählten.

Auf Antrag des Landraths wurde der Grundsatz aufgestellt, daß ein Deutscher nur für einen Deutschen seine Stimme abgeben könne und dürfe, ohne Rücksicht auf die polnische Minorität und das dieser zustehende Recht. Es ist angebracht, daran zu erinnern und insbesondere die Herren aus der Umgegend, welche Mitglieder des Kreistags sind, welche in alle Kommissionen immer ihre deutschen Mitbürger gewählt haben, indem sie sich von dem Gerechtigkeitsgefühl leiten ließen, trotz ihres zahllemäßigen Uebergewichts.

Dieses Gefühl besaß die Versammlung am Freitag mit geringen Ausnahmen nicht.

Bei den Wahlen können wir nur auf unsere eigenen Kräfte rechnen, wir müssen daher bei den Wahlen zusammenstehen wie ein Mann und daran glauben, daß unsere jüdischen Mitbürger, welche doch hauptsächlich von uns und unserm Landvolk leben, der Stimme der Herren Boß und Goldschmidt folgen und ihre Hand nicht dazu bieten werden, um unsere Vertreter aus der Stadtverordnetenversammlung zu entfernen, denn was uns am Donnerstag passiren soll, das kann sich auch ihnen nach einigen Jahren ereignen, denn auch sie besitzen die Mehrheit nicht.

In jedem Falle hat uns die Versammlung am Freitag die Augen darüber geöffnet, wie unsere deutschen Mitbürger in Ostrowo gesonnen sind; das dort herausgegebene Lösungswort ist bezeichnend, wir müssen immer und fortwährend daran denken und danach unser Verhalten in der Zukunft einrichten.

Aus Nr. 267 des Postep
vom 23. November 1898:

Bukowiec im Kreise Graustadt, den 18. Nov. 1898.

Lieber Postemp, es ist Dir bekannt, daß unser rein polnisches Dorf, welches eine Parochie für sich allein bildet, gegenwärtig vier Lehrer hat. Jeder denkende Mensch weiß davon, daß ein Unglück trotz der ansehnend besten Berechnung öfters über manche schuldigen und unschuldigen Leute hereinbricht, und daß man wirklich eine große, geradezu göttliche Geduld besitzen muß, um unter der Last nicht zusammenzubrechen und ganz unterzugehen.

Dieses Unglück ist bei uns das Unbesetztsein der ersten Lehrerstelle, mit der das Amt des Organisten und eines Postagenten verbunden ist. Diese Stelle ist bisher nicht besetzt worden, und in unserer Kirche ist es leer und still. Wir hegen doch die Hoffnung, daß die königliche Regierung für Schul-sachen, nachdem sie die hiesigen Verhältnisse einer Prüfung unterzogen hat, geruhen wird, uns einen Mann herzusenden, welcher nicht nur Lehrer für die Kinder deutscher Zunge, sondern ein wirklicher Pädagoge, d. h. ein wahrer Lehrer in der wirklichen Bedeutung des Wortes sein wird.

Wir kennen die Beschwerden und die Plagen eines jeden Lehrers unserer Kinder, aber wir wissen auch, daß, wenn einer von diesen die Tugend der reinen, wahren Hingabe den Kindern gegenüber besitzt, er von unserer Gesamtheit die höchste Verehrung genießt, materielle Unterstützung in jeder Beziehung und Beliebtheit gewinnt.

O, könnten wir doch einen solchen Mann bei uns als ersten Lehrer begrüßen, denn wir sehen voraus, daß in längstens fünf Jahren sechs oder sieben Lehrer in unserm Bukowiec auf dem Lehrgebiete arbeiten werden.

Aus Nr. 265 des Dziennik Kujawski
vom 20. November 1898:

Aus Kruschwitz berichtet man uns, daß, als in Chelmece bei einer Hochzeit in einem polnischen Hause einer von den geladenen Gästen den Vorschlag machte, das Lied Boze coś Polskę zu singen, und man mit dem Singen dieses Liedes schon angefangen hatte, der Gendarm aufgetreten ist und das Weiter-singen sofort verboten hat. Wahrscheinlich ist der Wirth des Hauses gar nicht aufgetreten, um seine Rechte zu wahren.

Aus Nr. 266 des Dziennik Kujawski
vom 22. November 1898:

In der Angelegenheit, betreffend das angebliche Verbot des Singens polnischer Lieder auf einer

Hochzeit in Chelmce, erhielten wir von einem unserer Leser folgende Erklärung:

Ich habe im Dziennik Rujawski die Mittheilung aus Kruschwitz gelesen und will den Vorfall nun auf Wunsch aufklären: Die Hochzeit fand bei der Wittve M. statt, welche ihre Tochter an einen deutsch-katholischen Gendarm verheirathete. Nach dem Tanz wurde der Vorschlag gemacht, zu singen und zu musizieren. Auf Verlangen ergriff ein Gast eine Geige und spielte das Lied „Na dolinie zawierucha“, was ihm wohl gelang. Bemerken muß ich, daß der größere Theil der Gäste dieser Hochzeit deutsch war, und daß man schon beim Singen des Liedes ein Murmeln unter den Gästen wahrnehmen konnte. Als das Lied beendigt war, wurde das Lied „Boze coś Polskę“ vorgeschlagen. Der vorgenannte Gast begann auch das zu spielen, und die anderen sangen. Kaum hatte er aber damit angefangen, als ein als Gast anwesender Gendarm an ihn herantrat und ihm sagte, er solle nicht spielen. Weil dies so plötzlich geschah und noch dazu auf Wunsch der Wirthin des Hauses, opponirte Niemand, später aber, als wir auseinander gingen, waren wir Alle hiermit sehr unzufrieden.

Diese Erklärung deckt sich vollkommen mit dem Inhalt eines Briefes, welchen wir in dieser Angelegenheit von Frau M. erhalten. Auch Frau M. versichert, daß das Singen des Liedes auf ihren Wunsch verwehrt worden sei, und zwar mit Rücksicht auf die deutschen Gäste. Es handelt sich hier um eine private Angelegenheit, wir enthalten uns deshalb aller Bemerkungen.

Aus West- und Ost-Preußen.

Aus Nr. 135 der Gazeta Gdańska
vom 12. November 1898:

Ueber seine Reiseerlebnisse in Pöplin

berichtet ein gewisser Barthel Powšinoga (Pseudonym, hinter welchem sich augenscheinlich ein Geistlicher verbirgt. — Red. d. Ges.-Ueberbl.) u. A. Folgendes: „Als wir, ich und mein Freund Martin, auf den Marktplatz kamen, bogen wir nach dem Thurne zu ab. Mit einem Male erblickte ich etwas Neues. „Was ist das? Ist das eine Schule oder eine Kapelle, Martinchen?“ „Beides!“ sagte der Freund. „Infolge der Gründung der Zuckersabrik ist dies Haus entstanden. Es ist dies ein lutherisches Haus in der Residenz des katholischen Bischofs. Es ist derartig eingerichtet, daß es, falls die Zahl der Andersgläubigen sich vergrößern sollte, in eine Schule umgewandelt, zu gottesdienstlichen Zwecken aber eine neue Kirche gebaut wird.“ — „Aber woher hat man denn den Baugrund erhalten?“ — „Er ist ihnen abgetreten worden“ — erwiderte Martin und zuckte mit nach dem Dom gewandtem Blick mit den Achseln. Mit einem Male nahm er eine so drohende Haltung an, wie ich sie ähnlich an ihm nie wahrgenommen habe. Er erblaßte, in seinem Auge sah ich eine Thräne. Und er erhob die geballte Faust und rief aus: „O, es wird gräßlich, sehr gräßlich sein: redde rationem vilicationis tuae!“ Er beherrschte sich aber und schloß mit zum Himmel gewandtem Blick: „Vater, vergieb ihnen, denn sie wissen nicht, was sie thun!“

Er schwieg und ich ebenfalls, und nachdem wir umgekehrt waren, begaben wir uns auf den Weg zum Dom. Vor der Mutter-Gottes-Figur, dem Dom gegenüber, sprachen wir ein Gebet für die Seele des verstorbenen Bischofs v. Marwicz. O, das war ein Bischof, wie er sein soll! Er war ein Vater.

In geistliche Seminar zu gehen, hatte ich keine Lust, denn mir hat das Verbot, das Lied „Serdeczna matko“ nach der allgemein bekannten und erbaulichen Melodie zu singen, den Appetit verdorben, und dem Martin auch. Letzterer hat mir aber gesagt, daß es daselbst schlimm zugehe. Unter den Klerikern gebe es, wie erzählt werde, Spitzel; dieselben erhielten irgend woher Fonds und berichteten Alles nach Danzig, was vorgehe. Ob das wahr sei oder nicht, wisse er, Martin, nicht; aber schon im Seminar gebe es Parteien — eine deutsche und eine polnische — die sich von der Seite ansähen. Die Unsrigen müßten sich in Acht nehmen; denn sofort gebe es Denunziationen, Protokolle u. s. w. Sie dürften nur den Kurier Pożanski und den Bielgrzym, die katholische Volkszeitung und das Westpreussische Volksblatt lesen. Andre Zeitungen zu lesen sei verboten. Der Kurier sei für die Kleriker zu theuer; mithin bleibt nur der sanfte Bielgrzym übrig. Für die Deutschen — ja, das sei etwas anderes — gebe es zwei billige Zeitungen. Man erzählte sich ferner, daß bald auch im Seminar die Deutschen die Polen an Zahl überwiegen würden. O, es ist schlimm, sehr schlimm! Sobald ein Kleriker eine andere Zeitung lese, erfolgten Bestrafungen in verschiedener Form, — z. B. die Verweigerung des Stundens, welche Strafe bereits einige Kleriker betroffen habe.

Wir wanderten weiter, — denn das Herz frampfte sich uns zusammen. Fast hätten wir weinen mögen. Und von hier aus sollen die Seelsorger für eine zu drei Vierteln polnische Diözese hervorgehen! Jesu, der du gesagt hast: „Geht hin und lehret alle Völker!“, der du die Apostel mittelst der Gabe, verschiedene Sprachen zu sprechen, hierzu befähigt hast — vergieb ihnen!

Der Bischofsdom! Man renovirt ihn. Die Einen loben, die Anderen tadeln es, Andere wiederum thun beides. Ich weiß mit solchen Sachen nicht recht Bescheid, auch ist die Renovation noch nicht abgeschlossen, also weiter!

Nachdem wir den Dom verlassen hatten, erblickte ich die mir bekannte Knabenschule, in welcher ich einst so manchen „leckern Bißsen“ gekostet hatte. Martinchen erzählt: „Freund, auch hier ist es schlimm! Mit dem Tode des letzten Direktors hat ein ganz anderer Wind zu wehen begonnen. Der frühere „Mann mit dem deutschen Namen, aber französischen und polnischen Sympathien“ hat sich im Laufe der Zeit geändert und mit ihm sehr Vieles. O, das ist schlimm!“

Beim Erblicken des bischöflichen Palais fragte ich unwillkürlich: Martinchen, und wer wird Bischof werden?“ „Lieber Barthel,“ sagte Martin, „kehren wir um und auf dem Wege zu Herrn Sikorski will ich Dir erzählen, was ich weiß.“ Neugierig gemacht, machte ich kehrt und Martinchen begann:

„Wer Bischof werden wird? Der verstorbene Bischof war ein fanatischer Deutscher. Ein gewisser Herr aus Danzig hat ihn sogar „Mein lieber Bischof“ genannt; — gleichwohl hat der Bischof beim Tode bekannt, daß die Deutschen ihm ungleich mehr zugefegt haben, als die Polen. „Mein lieber Bischof!“, nicht wahr, das klingt doch schön!“

„Ich war“ — sagte Martin weiter — „einmal zu Biere. Am Nachbartische saßen mehrere Personen, Geistliche und Nichtgeistliche. Sie führten untereinander ein langes, interessantes Gespräch. Du hast die Kurien der Domherren gesehen. Auf Grund jenes Gesprächs kann ich Dir im Vertrauen sagen, daß es auch hier Parteien giebt, ähnlich wie im Seminar. Es wird Dir aber wunderbar vorkommen, daß sich auch unter den Polen Jemand gefunden hat, der in das andere Lager überging und so die ganze Sache

verdarb. Wahr ist es auch, wenn man sagt, daß gegenwärtig kein wahrer Pole Domherr werde.

Man erzählte sich, daß ein gewisser Priester, angeblich ein Religionslehrer im Gymnasium, ein Deutscher von kassubischer Herkunft, in Danzig gewesen sei. Man sagte, daß er schlecht polnisch spreche, und da man erkannt hatte, daß dies nicht hinreichte, um sich hier keinen Unannehmlichkeiten auszusetzen, so hat sich jener Geistliche nach Paris begeben, um daselbst bei den polnischen Emigranten genau polnisch zu lernen. (Es ist das augenscheinlich eine Anspielung auf den Pfarrer und Religionslehrer Alekba in Łobau — Red. d. Ges.-Ueberb.) Bei seiner Anwesenheit in Danzig erfuhr jenes Pfäffchen als Vertrauensperson bei einer maßgebenden Persönlichkeit überaus interessante Sachen, die er auch Anderen gebeichtet hat, aber nicht etwa im Beichtstuhl. Man sagte ihm: „Wir haben doch die Mehrheit im Domkapitel; nun ist ein solcher „Schwäger“, der Pfarrer W. gekommen und hat bewirkt, daß man eine polnische Kandidatenliste für den Bischofstuhl eingereicht hat.

Machen doch wir die Bischöfe! Aber ich habe jetzt eine Vertrauensperson am Orte, die ein sehr wachsam Auge hat und unausgesetzt referirt.“ — Jenes Pfäffchen hat auch erzählt, daß man daselbst über Alles, sogar über die geheime Abstimmung genau unterrichtet sei. — Möglich, daß jene Vertrauensperson allzuoft von Pselpin an jenen Ort reist. Jetzt ist, dank den oben angeführten Umständen, eine ganz fremde Kandidatenliste auf der Bildfläche erschienen.

Einer aus jener Gesellschaft sagte: „Möge Bischof sein, wer wolle, immerhin wird er doch ein Gewissen haben. Ein anderer erwiderte, er sei damit nicht einverstanden. Weshalb wolle man keine polnische Liste annehmen? Weil ein polnischer Bischof stets ein treuer Katholik gewesen sei. Hier handle es sich nicht um das Deuththum, sondern um das Lutherthum. Die polnischen Bischöfe wie der Herr Erzbischof von Posen z. B. hätten den Forderungen der Deutschen zuviel Genüge gethan und thaten dies noch, da sie gerecht seien, und jeder polnische Bischof von Kulm würde dies gleichfalls thun, hier handle es sich um das Lutherthum. Es gebe bei uns zuviel Deutsche, die vom Lutherthum angestekt seien. Das habe Ermland bewiesen! Gewissenhaft zu verfahren, sei eine durchaus persönliche Sache. Und wenn nun ein Bischof derartig gewissenhaft verfare, wie einst der Bischof von Königsberg und der von Posen, (soll wohl heißen „Pomesanien“ — Red. d. Ges.-Ueberb.) die zum Lutherthum übergegangen seien und ganze Diözesen von der Kirche losgerissen hätten?! Gewissenhaft? Ein gewisser katholischer Pfarrer habe zum Jubiläum des Bestehens einer protestantischen Gemeinde in seinem Orte einen telegraphischen Glückwunsch gesendet. Kurze Zeit darauf sei er Domherr geworden.“

Wir fällt jene Inschrift ein: „Wir glauben an einen Gott und die Liebe eint uns Alle!“ Infolge jener Depesche entstand eine große Erbitterung unter der Geistlichkeit. Man soll sich auch beschwerdeführend an das Konfistorium gewendet haben. Letzteres soll jene Person zu verteidigen oder zu entschuldigen gesucht haben! Wir sind weit gekommen! Und wer ist denn vom Lutherthum angestekt? Revertere! Revertere! Wer nicht mit Jesu ist, der ist wider ihn! Gewissenhaft? Ein gewisser Propst in Pommern*) hat von den Polen für das polnische Predigen eine Mark genommen, und in seiner früheren Parochie sollen noch ärgere Mißbräuche vorgekommen sein. Schlimmer, schlimmer geht es in der Welt zu!“

Martin schloß hiermit. Wir waren vor dem Sikorski'schen Hotel angelangt. Martin drängte einzutreten, doch ich erwiderte ihm: „Mein liebes Martinchen! Meine Frau hat mich zu Dir getrieben, damit ich

besseren Humor bekomme! aber nachdem ich in Deinem Pselpin so traurige Sachen erfahren, habe ich solchen Humor bekommen, daß ein Glas Bier, selbst wenn es von Herren Sikorski stammt, mir auf dem Gewissen lasten bleiben würde. Nein, lieber Martin, bleib' gesund! Hier setze ich meinen Fuß nicht mehr her; denn wenn ich mehr derartige Neuigkeiten erführe, würde ich es aus Gram mit dem Leben bezahlen.

Nachdem ich das gesagt, umarmte ich schnell den Martin und eilte zur Bahn und nach Haus. O, es ist schlimm, sehr schlimm! Coelus Domini comedit me!?

Barthel Powfinoga.

Aus Nr. 136 der Gazeta Gdańska
vom 15. November 1898:

Aus der Gegend von Graudenz,
11. November.

Herr Kulerski ist bei uns der Gegenstand allgemeinen Geredes geworden. Die Gesamtheit spricht in Ermangelung glücklicher Ereignisse von ihren unglücklichen. In Graudenz und Umgegend giebt es bezüglich des Herrn Kulerski nicht zweierlei Meinung, und da, wo man ihn lange Zeit hindurch wegen des Blendwerks, womit er seinen geräuschvollen Patriotismus umgab, falsch beurtheilte, hat man ihn ebenfalls genau kennen gelernt. Denkende Leute haben ohne Ausnahme eine Meinung über Kulerski, nämlich die, daß dieser Mann unsrer Gesamtheit schon viel geschadet hat und daß es hohe Zeit sei, dieser schädlichen Thätigkeit ein Ende zu machen. Wir, die hier aus der Nähe die beständigen Thorheiten dieses Mannes ansehen und die Wunden zählen, die er den Graudenzer Polen zugefügt hat, bedauern seit Langem, daß wir diese Wunden wohl zu zählen, nicht aber zu heilen im Stande sind. Letzteres können wir nicht, da wir keine zweite Zeitung am Orte haben, und zu den Versammlungen herumzureisen und den Komödianten Auge im Auge zu demaskiren, dazu hat Niemand von uns Zeit. Infolgedessen geberdet sich Herr Kulerski weiter aufgebracht; er streicht sich mit Befriedigung den Bart, verübt fortgesetzt Angriffe auf ehrenwerthe und verdiente Männer; derjenige Theil seiner Leser aber, der sich bei Arbeit und Noth noch kein klares Urtheil gebildet hat und die öffentlichen Angelegenheiten nicht von Grund aus kennt, glaubt ihm auch fürder aufs Wort und erachtet den sinn- und grundlosen brudermörderischen Kampf als eine nöthige Sache. Welch einen traurigen, herzerreißenden Anblick bieten diese von einem gewissenlosen Demagogen verblendeten, dem Abgrund zuwandelnden Leute! Wir sagen: von einem gewissenlosen Demagogen! Denn macht denn Herrn Kulerski das Gewissen nicht seine niederträchtigen Verbrechen zum Vorwurf? Hält es ihm nicht die unausgesetzten Schwindelereien vor, die er in der Darstellung von Thatfachen begeht? Rührt es nicht die Art, wie er Ungebildeten blauen Dunst vormacht, die Gesamtheit entzweit und häuslichen Krieg entfacht, obgleich in der Gesamtheit Gleichheit aller Stände, Gemeinsamkeit aller Rechte, Bestrebungen, Interessen und Ziele besteht? Wißt das Gewissen ihm nicht die Verleumdungen vor, die er gegen allgemein geachtete Leute geschleudert hat, seine Eitelkeit und seinen Dünkel, welche die einzigen Beweggründe dieser ganzen erbärmlichen Arbeit sind? Sehr wohl, Herr Kulerski hat ein ebensolches Gewissen wie alle anderen Menschen, er hört jedoch nicht auf sein Gewissen, sondern auf seinen Hochmuth, nicht Polen hat er im Herzen, sondern sein eigenes „Ich“, sich selbst, seine eigene erbärmliche Persönlichkeit.

*) Angeblich der katholische Pfarrer in Lauenburg i. P. (Red. d. Ges.-Ueberb.)

Herr Kulerski ist sich Selbstzweck. Wehe der Volksversammlung, in der solche Leute die Führerrolle spielen. Jene verdienten Leute sind ihm ein Dorn im Auge, denn sie verdunkeln seinen Ruhm; also gilt es, ihnen den guten Ruf zu rauben. Und ob nun ein verdienter Mann Erasmus v. Parzewski heißt oder sonstwie, das ist ganz gleichgiltig, — wenn er, Kulerski, nur Ansehen genießt, das genügt! An jeden kommt die Reihe, vor Kurzem wieder einmal an Herrn von Parzewski. Gerade der auf diesen Bürger verübte Angriff charakterisirt Kulerski. Er posaunt aus, daß er vor Anderen für das Volk arbeite. Aber in diesem Falle müßte er Herrn von Parzewski preisen; denn wir Alle wissen, daß dieser Mann sein ganzes Leben lang für das Volk gearbeitet hat. Der gesammte Kreis Schwes und Graudenz, die Bürger sowohl als auch die Dörfler jeden Standes sind seit langen Jahren Zeugen dieser von Herzen kommenden Arbeit, dieser Liebe des Herrn v. Parzewski zu den einfachen und einfachsten Arbeitern und man bringt ihm dafür Liebe entgegen. Wo bleiben angesichts dessen der Verstand und die Konsequenz?! Besucht doch Herr v. Parzewski trotz seines ehrwürdigen Alters in Wind und Wetter jedwede nur mögliche Volksversammlung und trotz meilenweiter Entfernung. Noch jetzt als Hochbetagter giebt er seine Gesundheit preis, um zum Volke zu reden und mit ihm Rath zu pflegen. Ist er doch seiner einfachen und schönen Redeweise wegen berühmt, die er sich durch seinen jahrelangen Verkehr mit dem Volke zu eigen gemacht hat. Jedermann preist ihn darob, — einzig Herr Kulerski, der da von sich sagt, er stamme aus dem Volke und opfere dem Volke Alles, sieht und schätzt diese Arbeit am Volke bei Herrn v. Parzewski nicht. Herr Kulerski arbeitet doch wohl nicht für das Volk, da er nicht mit ihm fühlt und dessen Wohltäter bekämpft. Und so ist es in der That! Nicht für das Volk arbeitet Herr Kulerski, sondern nur für sich, dem Volke aber redet er ein, daß es sich ihm um das Volk handle, — er braucht nämlich die Stimme des Volkes, um sich aufzuschwingen. Herrn v. Parzewski aber muß er schon aus dem einfachen Grunde angreifen, weil dieser höher steht als Kulerski, weil das Volk Herrn v. Parzewski liebt, Kulerski aber liebgewinnen soll, weil Herr von Parzewski Ehrenämter inne hat, Kulerski solche aber gewinnen möchte. Welche Beweggründe aber Kulerski für seinen Kampf gegen Herrn v. Parzewski in seinem Blatte angiebt, das ist Herrn Kulerski gleichgiltig; — er findet schon einen Haken, wenn nicht heut, dann morgen! Ob er von irgend einer Versöhnungspolitik faselt, oder ob er in seinem neunmal weisen Haupte sogar ausklügelt, daß Herr v. Parzewski das Volk das ganze Leben hindurch verdumme, statt es aufzuklären, darum handelt es sich ihm wenig. Dem Klugen fällt es manchmal schwer, einen Rath zu finden, der Dumme hat aber solchen stets bei der Hand.

Nunmehr fragen wir, ob die Gesamtheit fernerhin sich Leids zufügen lassen wird? Haben wir an dem H.-A.-Tismus noch nicht genug? Sind wir bereits so tief gefallen, daß uns der erste beste hohle Strohkopf jahrelang tyrannisiren und uns Verluften sowie dem Gelächter Fremder aussetzen kann. Wir unter dem preußischen Szepter hätten doch schon lange jene uner schöpliche polnisch-slavische Geduld verlernen und befähigt werden müssen, die Schläge unsrer Feinde energisch abzuwehren. Aber nein, der Freimuth, mit dem Herr Kulerski auftritt, beweist, daß wir in dieser Beziehung dieselben geblieben sind, wie vor Jahrhunderten. Man wird diesen Artikel über Herrn Kulerski lesen, wie so vieles Andere und sich sagen:

„Sehr wahr, Alles ist wahr, was der Verfasser schreibt!“ Dann wird man sich ein Glas hinter die Binde gießen, und — damit hat die Sache ein Ende.

Aus Nr. 265 der Gazeta Toruńska
vom 19. November 1898:

Aus Schliewitz

wird berichtet: Auf Bestreben des ehrwürdigen Pfarrers Bolt aus Bruß hat die Kreditgenossenschaft daselbst einen hiesigen Juden ausgekauft und eine Filial-Genossenschaft in Schliewitz gegründet. Jetzt haben wir hier ein polnisches Schnittwarengeschäft. Unser Volk hat sich sogleich schaarenweise an seine Landsleute gewendet. Im Verlaufe einer Woche haben sich ungefähr 500 Mitglieder gemeldet und sie kaufen alle Waaren auf.

Aus Nr. 140 der Gazeta Gdańska
vom 24. November 1898:

Schliewitz.

Der Gastwirth Herr Felix Wallerand hat dem Ortsgeistlichen eine Summe von 200 Mark für den Bau der Kirche in Schliewitz als Genugthuung für Nichterfüllung einer gewissen Bürgerpflicht übergeben.

Aus Nr. 137 der Gazeta Gdańska
vom 16. November 1898:

Ob das erlaubt ist?

Während den Beamten, und sogar den bei Regierungsarbeiten beschäftigten gewöhnlichen Arbeitern, verboten ist, polnische Zeitungen zu abonniren, verhält sich die Sache ganz anders, wenn es sich um deutsche Zeitungen handelt, welche gegen das Polenthum und die katholische Kirche hegen. Der beste Beweis hierfür ist nachstehende Korrespondenz:

Aus der Umgegend von Carthaus,
den 12. November.

Berehrte Redaktion!

Auf welche Weise den Ortschulzen das Abonnement von Zeitschriften auf Kosten der Gemeinde anempfohlen wird, beweist ein Schreiben, welchem eine Abonnements-Einladung auf die in Berlin im Verlage von Trowitsch und Sohn erscheinende Zeitschrift „das Land“ beigelegt war. Dieses unserm Gemeinde-Vorsteher Ende Oktober übersandte Schreiben lautet wie folgt:

(Rückübersetzung).

„An
den Gemeinde-Vorsteher
in

N.

Dem Gemeinde-Vorstand übersende ich in der Anlage eine Schrift des Landes-Wohlfahrts-Ausschusses zur Ansicht, mit dem Bemerkten, daß mit Rücksicht auf die Ziele des Ausschusses, welche allgemein als nutzbringend bezeichnet werden, es wünschenswerth erscheint, von dem Inhalt dieser regelmäßig Kenntniß zu nehmen, weil der Ausschuss die

Verbreitung seines Organs als wirksamstes Mittel erachtet, seine vielfach praktisch erprobten Rathschläge zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Deshalb wird der Bezug dieser Zeitschrift durch die Post (1,65 Mark vierteljährlich) aus den Gemeinden zur Deckung von Bureaukosten zur Verfügung stehenden Fonds gestattet. Die Postquittung ist hier vorzulegen.

Um baldmöglichste Erledigung dieser Angelegenheit wird ersucht.

Der Königliche Landrath."

Der Inhalt der Zeitschrift „das Land“ setzt sich u. A. wie folgt zusammen: Nachrichten des Landes-Wohlfahrtsausschusses aus den Sitzungen der Kreis-synode in Hannover von dem Pastor Apel Odeggen u. s. w. (sieben Blätter) und neun Blätter lauter Annoncen verschiedenen Inhalts; darunter prangt eine große Bekanntmachung der hakatistischen „Landbank.“

Ob ein derartiges Abonnement auf Kosten der Gemeindeglieder (denn das Geld zur Deckung der Bureaukosten bringen nur die Steuerzahler auf) deren Wünschen und Willen entspricht und namentlich denen der Katholiken, das ist sehr zu bezweifeln, umso mehr aber, da viele Einwohner gar nicht deutsch lesen können und derartige Schriften in der hiesigen Gemeinde-Verwaltung fast niemand liest. Im Gegentheil, es kommt sehr selten vor, daß Dieser oder Jener das Kreisblatt verlangt. — Andererseits ist nicht bekannt, ob ein Katholik Mitarbeiter der oben erwähnten Zeitschrift ist. (Daß dies nicht der Fall, ist mehr wie gewiß. Red.)

Dazu besteht noch eine Verfügung des Danziger Bezirksausschusses, wonach die Gemeinden verpflichtet sind das Kreis- und Amtsblatt, sowie die Gesetzsammlung zu abonnieren.

Ist also eine derartige Agitation zum Besten von Sudelblättern, welche die Katholiken nichts angehen und vielfach deren Gebräuche verspotten, erlaubt?

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 91 der Gazeta Opolska
vom 15. November 1898:

Das hiesige hakatistische Blatt

stellt unwillkürlich den polnischen Blättern ein rühmendes Zeugniß aus, indem es schreibt, daß alle Zeitungen Oberschlesiens dem Volke Ausgangswege aus seiner bisherigen „sklavischen Lage“ zeigen. Und wirklich, die Lage des Volkes, dessen Sprache mißachtet wird, dem verschiedene politische Verirrte das Recht, seine Nationalität zu bekennen und zu pflegen, absprechen, muß als eine traurige bezeichnet werden. Sklavisch ist thatächlich die Lage des Volkes, wenn die Verhältnisse sich so ungeheuerlich gestalten, daß, wie dies ganz treffend in der letzten Versammlung in Oppeln der Herr Pfarrer Wrzodek schilderte, selbst dem schlichtesten Straßengelehrten sein saures Stückchen Brod genommen wird, wenn er — und wäre er sonst der beste preussische Unterthan — das verbrecherische Merkmal eines Polen an der Stirn trägt! Gegen die deutschen Chauvinisten, welche das ganze polnische Volk in die größte Sklaverei führen möchten, kämpfen alle polnischen Blätter, denn sie denken an den Ausspruch des Kaisers: „Völker Europas, beschützet Eure theuersten Schätze!“ Das Volk sammelt sich um die polnischen Blätter, denn es fühlt, daß jeder polnische Redakteur unter der

Mickiewicz'schen Losung kämpft: „Ich liebe die ganze Nation, ich halte alle, die vergangenen und die zukünftigen Geschlechter mit meinen Armen umschlungen. Ich will sie heben, glücklich machen und der ganzen staunenden Welt zeigen.“

Aus Nr. 261 des Ogródownik
vom 15. November 1898:

Zu dem im Katolik veröffentlichten Dankschreiben des Landtagsabgeordneten Letocha an seine Wähler, bemerkt der Ogródownik Folgendes: „Herr Letocha ist ein sehr ehrenwerther und um die Sache des obereschlesischen Volkes sehr verdienster Abgeordneter. Sein Dankschreiben würde aber noch sympathischer geklungen haben, wenn er kurz gesagt hätte, daß er die polnische Nationalität des obereschlesischen Volkes verteidigen werde, wie dies z. B. der frühere Abgeordnete, Herr Radwanski, vor nicht langer Zeit offen in einer Wählerversammlung ausgesprochen hat.

Je weniger wir selbst von den berechtigten Interessen der polnischen Nationalität in Oberschlesien sprechen, desto lauter werden Vorwürfe über dort entfaltete „großpolnische Agitation“ gemacht.

Es muß die Forderung klar aufgestellt werden, daß die polnische Nationalität in Oberschlesien dieselben Bedürfnisse, Ziele und Rechte habe, wie in Ermeland, in Westpreußen und in Großpolen.

Aus Nr. 263 des Goniec Wielkopolski
vom 18. November 1898:

Aus Schlesien.

Geehrte Redaktion!

Auf die so oft sich wiederholenden Niederlassungs-Anfragen von Handwerkern, Kaufleuten u. s. w. hin, bitte ich, stets auf Oberschlesien, namentlich auf den Industriebezirk aufmerksam zu machen. Kommen wir auf diese Weise der Ansiedelungskommission zuvor, das Alles ruhig ertragende, seit langer Zeit bedrückte polnische Volk wird sich nach edler Richtung hin wieder aufrichten und ein starkes Bollwerk für die Zukunft bilden. Eine kleine Anzahl Großpolen, die in jeder Beziehung über den Schlesien stehen, muß hier segensreich wirken und dieselben, namentlich in nationaler Hinsicht, mit sich fortreißen.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 263 des Dziennik Berliński
vom 15. November 1898:

Das zehnte Stiftungsfest

des Berliner Sokols gestaltete sich zu einer allgemeinen Feier unserer ganzen Kolonie. Um acht einhalb Uhr begann sich der geräumige Saal der Brauerei Friedrichshain allmählich zu füllen, und eine Stunde später waren nur noch einige Plätze frei; es hatten sich nahe an Tausend Personen versammelt. Als Delegirte sind aus Posen eingetroffen: Der Ober-Turnrath des großpolnischen Sokolverbandes Herr Viktor Gladysz mit 5 Verbands-Mitgliedern, außerdem war ein Geistlicher aus Galizien, welcher ebenfalls

Sokol ist, anwesend. Bis 10 Uhr dauerte das Konzert des Orchesters des Herrn Olk; hierauf wurde zum geschäftlichen Theile übergegangen, welcher mit einer schönen inhaltreichen Rede des Vereinsvorstandes Herrn Schmach eingeleitet wurde.

Der Schriftführer des Vereins Rzepczynski verlas hierauf einen Bericht über die zehnjährige Thätigkeit des Vereins, sowie auch die sehr große Zahl der eingegangenen Telegramme und Beglückwünschungen. (Den Rechenschaftsbericht, sowie die Einzelheiten der Telegramme werden wir morgen bringen.) Darauf ergriff der Overturmwart des Verbandes Herr Gladysz aus Posen das Wort und stellte den Sokol als Wohltäter der Volksgesamtheit hin, da seine Aufgabe sei, die Gesundheit zu pflegen und da demnächst aus einem gesunden Körper ein gesunder Geist, sowie gesunde Anschauungen, mittelst deren sich die Gesamtheit umgestalte und vervollkommene, entsprossen. — Außer dem sprach noch der Geistliche aus Galizien, er überbrachte die Glückwünsche der galizischen Brüder und wünschte dem Verein das allerbeste Gedeihen. Der Delegirte des tschechischen Sokolvereins in Berlin sprach ebenfalls und zwar tschechisch. Die demnächst mit Schwung von Herrn Gulcz' vorgebrachte Deklamation „An die Sokolbrüder“ hat großen Beifall errungen. Im Namen der Polinnen Berlins überreichte Fräulein Dobroczyńska, nach dem Vortrage eines dem Augenblick angepassten Gedichtes, reizende Bänder als Schmuck für die Standarte. — Es war dies einer der schönsten Augenblicke der ganzen Feierlichkeit. Die Sänger des Sokolvereins errangen bei ihrem dreimaligen Auftreten allgemeinen Beifall und Anerkennung. — Damit war der offizielle Theil des Festes beendet.

Aus Nr. 264 des Dziennik Berliński
vom 16. November 1898:

B e r i c h t über die zehnjährige Zeit des Bestehens des gymnastischen Vereins Sokol in Berlin.

Nur mittelst Arbeit, nicht mittelst eines Wunders werden wir ein freies Volk werden. Ausdauernde, wenn auch anstrengende und beschwerliche Arbeit gelangt stets zum Ziele und liefert früher oder später ihre Frucht. Diesem Grundsatz huldigend und der Worte des Dichters eingedenk hat eine Schaar von in Berlin ansässigen Landsleuten, durchdrungen von der Sokolidée hier selbst ein Nest des „grauen Vogels“ (Sokol-Falke) geschaffen. Einen Sammelpunkt für die Mitbrüder ins Leben zu rufen, an welchem bei gemeinsamer Belehrung der nationale Geist gestärkt und der Körper geübt werde, das war die Devise der Gründer unsres Sokol. Heut haben ihr Gedanke und ihre Idee, wenngleich nur noch eine Handvoll jener Leute sich unter uns befinden, im Herzen eines jeden Sokol tief Wurzel gefaßt. „Im gesunden Körper ein gesunder Geist,“ das ist der Wahlspruch des Sokol. Es ist schon eine große Schaar von Sokols, die an der Erhaltung des nationalen Geistes und der Sokolidée arbeitet. In dieser Befundung liegt unsre Zukunft, und die Gründer unseres Vereins können stolz sein auf das Werk, das sie begonnen haben und das spätere Geschlechter zu vollenden berufen sind.

Schon heut sind greifbare Beweise jener emsigen zehnjährigen Thätigkeit vorhanden; das thut schon die Zahl der unter die Sokolstandarte getretenen

Genossen dar, sowie der Umstand, daß sich breitere Kreise unsrer Landsleute für die Sokolidée interessieren. Unser auf festen und standhaften Fundamenten aufgebaute Sokolverein ist im Stande, allen Ungewittern zu widerstehen, die Idee, welche tief Wurzel gefaßt hat, wird sich nicht so leicht auszrotten lassen. Es fehlte dem Vereine auch nicht an Leuten, wie z. B. der verstorbene langjährige Vorsitzende St. Morgenstern, der, von der Sokolidée tief durchdrungen, ein wahrer Pionier des polnischen Sokolthums gewesen ist. Es fehlte dem Verein nicht an eifrigen Anhängern, wie die Genossen Czarnowski, Fürst, die Brüder Ciastowski und Guze, die, wie man kühnlich sagen kann, mit Selbstverleugung an der Ausbreitung der Anschauungen und Grundsätze des Sokolvereins gearbeitet haben und arbeiten. Es giebt mehr solcher Leute, die selbst von jener herrlichen und erhabenen Idee durchdrungen sind und sie verbreiten, um den Geist zu heben und immer größere Schaaren der Standarte des grauen Vogels zuzuführen. Ehre ihnen Allen dafür! Mit Stolz können sie auf ihr Werk blicken. Heut wetteifert unser Sokol würdig mit anderen derartigen Vereinen: davon zeugen die von seinen Mitgliedern auf dem Verbandstage der Sokolvereine errungenen Preise. Nachstehende Zahlen legen für den Fortschritt unsres Sokol Zeugniß ab. Bei der Gründung zählte der Verein kaum 40, heut zählt er 170 Mitglieder, die in zwei Abtheilungen arbeiten. Zuerst nahm an den Uebungen kaum ein Duzend Genossen theil; heut ist die Zahl der aktiven Turner auf 108 gestiegen. Im Laufe von 10 Jahren betrug der Kassenumsatz 9000 Mk.; die Bibliothek wuchs und die Zahl der Geräte vergrößerte sich wesentlich. Zudem ich hiermit einen kurzen Abriß der zehnjährigen Thätigkeit und der Früchte derselben biete, hoffe ich, daß, so Gott will, unser Verein im Laufe der künftigen 10 Jahre ein noch besseres Ergebniß seiner Arbeit nachweisen wird, und daß dann nicht Hunderte, sondern Tausende von Sokols unter unsrer Fahne stehen.

Das Vorjahr war reich an Arbeit zwecks innerer Ausgestaltung des Vereins. Es galt den guten Keim in der in Moabit ins Leben gerufenen II. Abtheilung zu pflegen und den Geist unter den daselbst wohnhaften Landsleuten zu wecken. Zu diesem Zwecke wurden in Moabit einige Versammlungen einberufen, und es wurde für die Ueberlassung der dortigen städtischen Turnhalle gesorgt, um damit die Gelegenheit zu bieten, in die Reihen des Sokol zu treten. Diese Bestrebungen hatten den erwünschten Erfolg. Die zweite, gegenwärtig aus 32 Genossen bestehende Abtheilung steht auf sicheren Füßen und man kann ihr eine Zukunft prophezeien.

Zu Beginn des laufenden Jahres wurde zwecks Verbreitung des polnischen Liedes und damit zwecks Hebung des Geistes ein Sokolchor gegründet, dem 51 Genossen angehören. Mit Erlaubniß des Verbandsvorstandes wurde eine Westgaugruppe gebildet, die den Charlottenburger und den Berliner Verein umfaßt. Im Laufe des Sommers wurden Einzelwettturnen für die Mitglieder der Westgruppe veranstaltet und den Siegern Ehrendiplome ausgestellt. Im Vorjahre fanden 58 Sitzungen statt, davon 3 Generalversammlungen, 35 ordentliche, 12 Ausschuß- und 8 Vorturnersitzungen. Die Sitzungen der I. Abtheilung werden jeden Freitag nach dem 1. und 15. des Monats, die der II. Abtheilung am Donnerstag nach dem Monatsersten abgehalten. An den Sitzungen der ersten Abtheilung nahmen durchschnittlich 60, an denen der II. Abtheilung durchschnittlich 20 Genossen theil. Die Bibliothek besteht aus 200 Bänden, vorwiegend turnerischen Inhalts und trägt sehr zur

Stärkung des turnerischen Sinnes unsrer Sokols bei, welche die Bibliothek fleißig benützen. Die gymnastischen Übungen werden in Abtheilung I jeden Dienstag und Freitag, in Abtheilung II jeden Donnerstag abgehalten. Es betheiligten sich 108 Genossen aktiv am Turnen, in Abth. I durchschnittlich 45, in Abth. II durchschnittlich 20. Der Kassenstand ist ein sehr günstiger, trotz der großen Kosten, die infolge der hohen Miete für zwei Turnhallen entstehen. Die Gesamteinnahme betrug im laufenden Jahre 1534 M. 20 Pf., die Ausgabe 1100 M. Davon war eine Quote von 334,20 M. dem Turnhallenbaufonds überwiesen worden. Letzterer beläuft sich gegenwärtig mit den Zinsen für das laufende Jahr unter Hinzurechnung des eisernen Fonds auf 1529,35 M. und er ist in der „Skarbona“ deponirt. Zu diesem Fonds haben die Mitglieder unseres Vereins, sowie die Gäste beigetragen; insbesondere wurde er durch regelmäßige Beiträge des Vereins polnischer Industrieller und des Vereins polnischer Bürger in Berlin verstärkt. Allen Gebern sei an dieser Stelle ein herzliches „Gott vergelts!“ gesagt. Um den Genossen und uns wohlgesinnten Gästen die Möglichkeit zu bieten, sich nach der Arbeit zu vergnügen, veranstaltete der Verein außer dem Stiftungsfeste zwei Abendunterhaltungen, einen Ausflug mit Sommervergnügungen, und außerdem zwei Ausflüge ausschließlich für die Genossen, davon einen nächtlichen. Das Resultat obiger Vergnügungen war für uns ein unwiderlegbarer Beweis dafür, daß unsere Landsleute, nachdem sie die Idee und die Ziele des Sokols begriffen, den Verein mit Wohlwollen und mit ihrer Fürsorge umgeben. Den Sokolvorstand repräsentiren folgende Genossen: Maximilian Schmach, Vorsitzender, Marian Rakowski, Vertreter, Dionysius Rzepechynski, Vertreter des Schriftführers, Vincent Tritt, Schatzmeister, Josef Guze, Turnwart, Stanislaus Austerko, Vertreter, Leon Piekarski, Bibliothekar, Roman Leyer und Sanok, Beisitzer, Stanislaus Wojciechowski, Fahnenträger, Leski und Oskoniowski, Revisoren. — Indem ich hiermit über unsre Arbeiten Rechenschaft ablege und mich dabei auf die guten Resultate derselben stütze, appellire ich an unsre geehrten Landsleute, damit sie, eingedenk der erhabenen Sokolidee, uns zur Vollenendung des begonnenen Werkes verhelfen. Möge jeder, der es mit uns wohlmeint, unter die Sokolstandarte treten und sich zu gemeinsamer Arbeit uns anschließen, dann wird die Zeit kommen, wo wir noch ergiebigere Früchte ernten. Czolem!

Berlin, 12. November 1898.

Dionysius Rzepechynski,
Vertreter des Schriftführers.

Obigem Bericht fügen wir hinzu, daß die Schauturnen verbunden mit dem 10jährigen Stiftungsfest des Sokol die hervorragenden Fortschritte, welche die Mitglieder im Turnen gemacht, erwiesen haben. An dem Umzuge am Sonnabend haben 96, am Stabturnen 12 Genossen theilgenommen, und am folgenden Tage versetzten einige Duzende wackerer Turner in der Arena des Charlottenburger Sokol durch ausgewählte Vorführungen an verschiedenen Geräthen die Zuschauer in Staunen. Unsre Posener Gäste entzückten durch glänzend gestellte Pyramiden. Auch das Radsfahrerthum blüht in dem Verein; das bewies der geschickte Radlerreigen am Sonnabend, der mit einer wahrhaft künstlerischen Produktion des Genossen Austerko schloß. Er sprang der Reihe nach über sechs ihm entgegenfahrende Radler. Mit Recht rief dies „Nehmen lebender Hindernisse“ tosenden Beifall nach.

Aus Nr. 263 des Dziennik Berliński
vom 15. November 1898:

Der polnisch-katholische Verein „Sobieski“ in Brandenburg

beging gestern das achte Stiftungsfest seines Bestehens. In der fast 50 000 Einwohner zählenden Fabrikstadt leben einige Hundert unserer Landsleute. Die Kolonie besteht aus einigen Handwerkern, der Rest sind Arbeitsleute, die verhältnismäßig ein schönes Geld verdienen. Auf Veranlassung einiger geistig regamer Landsleute ist in dieser Stadt vor acht Jahren der polnisch-katholische Verein gegründet worden, der sich sehr gut entwickelt und, wie der gestrige Abend beweist, ein Sammelpunkt aller Landsleute ist, welche sich für die polnische Sache interessieren. In dem schönen, großen Saale dicht am Bahnhofe versammelten sich um 5 Uhr gegen 150 Personen. Die Festlichkeit eröffnete der Vereinsvorsitzende Herr Bielawski, indem er die Gäste mit herzlichen Worten begrüßte. Hierauf wurden die eingegangenen Glückwünsche verlesen, von denen vor allen Dingen das herzliche Schreiben des Ehrenmitgliedes des Vereins, Prälaten Wawrzyniak allgemeine Freude hervorgerufen hat; ebenso wurden die Glückwünsche des polnischen Industrie-Vereins zu Berlin, des Vereins der polnisch-katholischen Arbeiter zu Schöneberg, des polnisch-katholischen Industrie-Vereins zu Spandau und des Vereins unter dem Schutze des hl. Isidor zu Rixdorf verlesen. Nach dem Absingen der Lieder „Bracia rocznica“ (Brüder der Jahrestag) und „Boze coś Polskę“ (Gott der Du Polen) und dem Vortrage schöner Deklamationen begann die Theater-Vorstellung. Es wurden zwei schöne Stücke gegeben; das Spiel war tadellos, weshalb auch die Spieler und Spielerinnen mit reichem Beifall belohnt wurden. Die Vorstellung endete kurz nach 8 Uhr, worauf getanzt wurde. Zur Feierlichkeit erschien als Gast und Delegirter aus Berlin Herr Wrobel, der Verleger des Dziennik Berliński, welcher sehr herzlich aufgenommen wurde. Gegen 11 Uhr wurde Kaffee verabreicht, wobei Herr Wrobel eine Rede hielt. Nachdem er die Grüße der Berliner Landsleute überbracht hatte, drückte Redner seine Freude über die Entwicklung des Vereins aus, welcher, trotz der schwierigen Verhältnisse, standhaft an der Erhaltung des Glaubens und der Nationalität bei dem schwer arbeitenden polnischen Volke thätig sei. Redner ermunterte zur weiteren thatkräftigen Arbeit nach dieser Richtung hin, damit alle in Brandenburg lebenden Landsleute dem Vereine beitreten, in welchem dann an der Aufklärung und Ausbildung unserer Arbeiter zu selbständig denkenden Leuten zu arbeiten sei. Alle Landsleute müßten darauf Acht haben, daß ihre Kinder polnisch lesen und schreiben lernten. Aber auch wir müßten uns fortwährend bilden, damit wir unsern Nachbarn nicht nachstünden. Redner munterte zum Lesen polnischer Schriften auf; es dürfte keine polnische Familie geben, in welcher keine polnische Zeitschrift zu finden wäre; in dieser Hinsicht seien uns unsere deutschen Mitbewohner voraus, von denen jeder, auch der ärmste, eine Zeitschrift abonniert. — Wir müßten schon deshalb polnische Schriften lesen, um mit unserem Heimathslande Verbindung zu haben; wir müßten kräftig arbeiten und sparen, damit wir so schnell wie möglich zu den Unserigen zurückkehren könnten, um dort unser Nest zu bauen. Hier blieben wir immer Fremdlinge, andernfalls müßten wir unsere Nationalität verleugnen. — Dies werde jedoch Niemand von uns thun, sondern seiner Nationalität treu bleiben und seine eigenen

Empfindungen und seine eigene Anhänglichkeit zu allem was polnisch ist, auf seine Kinder übertragen. Gleichzeitig forderte Redner zum Lesen polnischer Geschichtsbücher auf, denn es werde Jeder der Nationalität treu bleiben, wenn er die ehrenvolle Geschichte der Nation kennt. Wenn wir fleißig an unserer Fortbildung arbeiten würden, werde sich Gott unserer erbarmen und unser schweres Pilgerlos einst ändern, und dann werde für uns eine bessere Zukunft hereinkommen. Indem Redner die besten Wünsche für die fernere Entwicklung des Vereins aussprach, endete er mit einem Hoch auf den Verein. — Es sprachen noch der Vorstand, Herr Bielawski, sowie die Begründer und allertreuesten Vereinsmitglieder die Herren Eljasiewicz und Kirsch, wobei sie dem Gaste für die gebotene Anregung und Anerkennung dankten und die polnischen Mütter aufmunterten, mit ihren Kindern im Hause nur polnisch zu sprechen und sie polnisch zu erziehen. Nach dem Absingen einiger Lieder amüsierte man sich weiter.

Aus Nr. 267 des Postep
vom 23. November 1898:

Thale, den 18. November 1898.

Lieber Postemp! In Thale am Harz in der Provinz Sachsen haben wir im Jahre 1892 einen polnisch-katholischen Herz-Jesuverein begründet. Unser Verein entfaltete sich mit jedem Tag immer mehr, sowohl was die Mitgliederzahl anbetrifft, als auch in Bezug auf die inneren moralischen Ziele. Es ist daher auch kein Wunder, daß der Verein mit den Früchten seiner Arbeit zufrieden ist; er hatte auch beschlossen, eine Viehhabertheatervorstellung zu geben, und es sollte das für das deutsche Reich so gefährliche Stück „Der Jude im Jagd“ gespielt werden. Aber weil die Polizei polnisch nicht versteht, erteilte sie die zur Aufführung des Theaterstückes erforderliche Genehmigung nicht, indem sie durchaus eine deutsche Uebersetzung forderte, für welche man vielleicht gegen 250 Mark hätte bezahlen können, denn einen solchen Uebersetzer haben wir nicht bei der Hand. Sie glauben, daß die Polen so dumm sein würden und Geld für eine Uebersetzung ausgeben würden. Aber die Polizei verrechnete sich in ihren Berechnungen einigermaßen, denn anstatt Geld für einen Uebersetzer erhielt sie von der höheren Instanz den Befehl, der Veranstaltung der polnischen Vorstellung — ohne Dolmetscher — keine Hindernisse in den Weg zu setzen.

Wir erhoben nämlich gegen dieses ungesegnete Verfahren Beschwerde bei dem Landrath in Duedlinburg, und dieser überreichte die Sache der Regierung zu Magdeburg, von wo der erwähnte Befehl erging; der Herr Amtsvorsteher ließ nach dem Eingang dieser Verfügung den ganzen Vorstand unseres Vereins zu sich rufen und gab ihm den Inhalt der Anordnung bekannt, wobei er uns den Vorwurf machte, daß wir uns mit solchen Kleinigkeiten gleich an die höhere Behörde wenden. Wir erwiderten hierauf nur, er solle uns ein zweites Mal nicht für Dummköpfe halten. Die Vorstellung wird indessen jetzt nicht mehr stattfinden, denn es ist zu spät und schließlich ist auch die Adventszeit schon so herangerückt, daß wir uns die Vorstellung für die Zeit nach Weihnachten aufsparen wollen.

O wir armen Leute, welche unsere geborenen Beschützer zum Betteln in die Welt hinausgetrieben haben, wo uns die Andersgläubigen jetzt so verfolgen. Fort mit der weiteren Bevormundung dieser unserer

Führer und mögen diese solche Leute übernehmen, welche dem Volke wirklich wohlgefinnt sind. Du aber, theurer Postemp, schreite weiter kühn vor, wir werden Dir dafür dankbar sein und dich nicht verlassen, denn wir haben erkannt, daß die Fingerzeige, welche Du uns giebst, nicht zur Finsterniß, sondern zum Licht — nicht zum Untergang, sondern zur Aufrichtung aus unserer Ohnmacht führen.

Mit Hochachtung

M. W.

Aus Nr. 138 des Wiarus Polski
vom 19. November 1898:

Horsthausen.

Der Verein unter dem Patronat des heiligen Josef in Horsthausen hielt am 23. Oktober d. Js. seine General-Versammlung ab. Anfang des vergangenen Jahres zählte der Verein 137 Mitglieder, im Laufe des Jahres traten ihm 93 Mitglieder bei, am Ende des zweiten Jahres zählte der Verein 230 Mitglieder. Von diesen traten 20 infolge Arbeitsveränderung aus, 14 wurden zum Militärdienst einberufen, 5 kehrten in ihre Heimath zurück. Der Verein begab sich zweimal gemeinschaftlich mit der Fahne zur heiligen Kommunion. Die Einnahme betrug 1045,15 Mk., die Ausgabe 1091,85 Mk. Das Defizit betrug 48,70 Mk. Nach Deckung des Defizits durch den Ueberschuß aus dem vorhergehenden Jahre, besaßen wir in der Kasse 264,65 Mk. An Kranke wurden 506,50 Mk. gezahlt. Für die Fahne zahlte der Verein dem Herrn Szpetkowski als letzte Rate 100 Mk. Die Sitzungen finden jeden zweiten Sonntag statt. Hauptversammlungen fanden vier statt. In den Vorstand wurden folgende Mitglieder gewählt: Josef Sibinski zum Vorsitzenden, Josef Linka zu seinem Stellvertreter, Kasimir Swieluga zum Schriftführer, Lorenz Jakubowski zum Stellvertreter, Michael Gichaszek zum Kassirer, Stanislaus Zybert zum Stellvertreter, Adalbert Fabisz zum Bibliothekar, Johann Wiczorek zum Stellvertreter, Vincent Zybert zum Fahnenführer, Martin Szymczak und Leo Sierakowski zu Fahnenjüngern, Franz Ciepielski und Johann Michalski zu Kassenrevisoren.

Der Verein zählt gegenwärtig 191 Mitglieder. Ehren-Vorsitzender ist Pfarrer Viktor Vogel.

Der Schriftführer Kasimir Swieluga.

Aus Nr. 139 des Wiarus Polski
vom 22. November 1898:

Horst an der Ruhr.

Am Sonntag, den 6. d. Mts. beging der hiesige Verein unter dem Patronat des heiligen Petrus die hundertjährige Mickiewicz-Feier, wobei sich einige benachbarte Vereine und eine zahlreiche Schaar Landsleute theilnahmen. Um 4 Uhr Nachmittags sollte der Festzug nach der Kirche mit Fahnen und Musik veranstaltet werden, aber die Polizei in Königstele erlaubte es nicht, da wir in Reih und Glied in die Kirche gingen, es mußte daher jeder einzeln mit eingervollter Fahne dahin gehen. Als wir am Brunnen der Fabrik „Union“ vorbeikamen, vertrat uns der Wachtmeister aus Königstele mit drei Gendarmen den Weg und befahl den Fahnenführern und den Fahnenjüngern, sie sollten die Vereinsmützen und Schärpen ablegen, wobei er in sehr wenig zarter Weise erklärte, er gestatte es nicht,

daß der Umzug mit solchen Abzeichen stattfinde, denn heut werde nicht Fastnacht gefeiert. Um sich keinen Unannehmlichkeiten auszusetzen, mußte man sich dem, wenn auch vollständig ungeseglichen Gebot fügen. Der Wachtmeister begleitete uns darauf bis zur Kirche.

Den polnischen Gottesdienst mit einer Predigt hielt Pater Nazarius ab, wodurch er uns sehr erfreute, weil wir schon lange keine polnische Predigt hatten. Wir verrichteten auch gemeinschaftliche Gebete und sangen unsere prächtigen Lieder, wobei uns der Vorsitzende unseres Vereins, Herr W. Przybylski auf der Orgel begleitete.

Als wir aus der Kirche herausgingen, stellte sich der Wachtmeister wieder ein und gestattete nicht, daß die die Fahne begleitenden Mitglieder in den Vereinsmützen nach dem Lokal gingen, und die Schärpen umbehielten, obgleich es schon finster war.

Bemerken müssen wir noch, daß der Wachtmeister dem stellvertretenden Vorsitzenden in sehr unarteter Weise den Degen fortnahm, welchen dieser in der Hand trug.

Ein derartiges taktloses Benehmen gereicht der Polizei nicht zur Ehre und bringt dem Staate nur Schaden, weil es ruhige Bürger erbittert.

Obwohl das Volk sehr entrüstet war, begab es sich doch sehr ruhig nach dem Vergnügungslokal.

Dort eröffnete der Vorsitzende um 6 Uhr die Feier, indem er den Zweck derselben kundgab.

Es sollten hierauf Vorträge und Deklamationen über Mickiewicz stattfinden, aber auch das ließ die Polizei nicht zu. Nur einige Abschnitte aus dem Buche konnte der Vorsitzende vortragen. Das Buch nahm der Polizist darauf fort, damit es auf der Polizei durchgesehen werde.

Die Preußen schimpfen manchmal auf die Russen und thun groß, als ob bei ihnen die goldene Freiheit und in Rußland eine unerhörte Bedrückung herrschte, aber wie wir sehen, verhält sich die Sache ganz anders. Denn in Warschau errichtet man für Mickiewicz ein Denkmal und die russische Regierung hat hierzu die Erlaubniß erteilt, und hier in Preußen läßt man nicht zu, daß ein Vortrag über Mickiewicz gehalten werde. Eine schöne Freiheit herrscht in Preußen, welches eine Konstitution besitzt! Die Polen sind den Preußen offenbar nur gut dazu, um ihr Blut auf den Schlachtfeldern für die Größen ihres Vaterlandes zu vergießen und hohe Steuern zu zahlen.

Es besuchte uns auch Pater Nazarius und unser Pfarrer; die Redaktion des Wiarus Polski übersandte uns ihre Glückwünsche. Sowohl Pater N., als auch unser Pfarrer sprachen zu uns in herzlichen Worten, wofür ihnen der herzlichste Dank abgestattet wurde. Es fanden auch andere Ansprachen und Vorträge statt.

Allen Vereinsgenossen und Gästen, welche zur Verschönerung unserer Feier beigetragen haben, entbieten wir hiernit in aufrichtiger Weise das alt-polnische „Gott bezahls!“

Aus Nr. 139 des Wiarus Polski
vom 22. November 1898:

Wattenscheid.

Der Verein unter dem Patronat des heiligen Josef in Wattenscheid hält am Sonntag, den 6. November seine Generalversammlung ab, in welcher die Vorstandswahl vollzogen wurde. In den Vorstand wurden folgende Herren gewählt: Zum Vorsitzenden Jakob Ptak, zum Stellvertreter Franz Krajewski, zum Schriftführer Franz Froncowski, zu seinem Stellvertreter Franz Wyrwas, zum Kassirer

Michael Matuszewski, zum Stellvertreter Josef Molek, zum Bibliothekar Johann Jarus, zum Stellvertreter Josef Chudy, zu Kassenrevisoren Josef Nowak I und Vincent Gichler, zum Fahnenträger Thomas Krokowski, zum Stellvertreter Ignaz Jabisz, zum Fahnenjunker Nikolaus Walczewski, zu stellvertretenden Fahnenjüngern Josef Nowak III und Stanislaus Stakulski.

Alle den Verein betreffenden Briefe bitten wir zu Händen des Vorsitzenden zu übersenden.

Jakob Ptak,
Vorsitzender.

Fr. Froncowski,
Schriftführer.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 262 des Ozas
vom 16. November 1898:

Posen, 12. November.

Angeichts der Interpellation, welche die polnische Fraktion im Verein mit dem Tschechenklub in Sachen des Umstandes einzubringen beabsichtigt, daß aus den Grenzen des deutschen Kaiserreichs die österreichischen Unterthanen slavischer Abstammung ausgewiesen werden, verlohnt es sich vielleicht, einige Erläuterungen zu registrieren. Vor Allem gilt es, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß diese Ausweisungen keineswegs eine polizeiliche Präventivmaßregel sind, welche verdächtigen oder unsicheren, oder solchen Personen gegenüber in Anwendung gebracht wird, die einzelnen Gemeinden oder Kreisen zur Last fallen könnten. Sie sind einzig das Ergebnis eines von vorn herein aufgestellten Grundsatzes, eines Gliedes jener Kette von Gesetzen und Verfügungen, mittelst deren die preußische Regierung die polnische Nationalität auszurotten bestrebt ist. Diesen Grundsatz haben weder die Vorstellungen von Landwirtschaftskammern, noch die Klagen der deutschen Landwirthe zu brechen vermocht, die unter dem Arbeitermangel zu leiden haben und wünschen, daß diesen auch von ihnen so sehr gehassten polnischen Unterthanen Oesterreichs und Rußlands, die jedoch die billigste Arbeitskraft bilden, der Zuzug gestattet werde. Die Regierung erteilte auf alle Eingaben und Klagen einen entschieden ablehnenden Bescheid und empfahl den Bittstellern — wie aus Ironie — in Dänemark und Schweden Arbeiter zu werben.

Unter Vergewaltigung sogar der wirtschaftlichen Interessen des eigenen Landes verschließt man damit die Grenzen vor dem Arbeiter polnischer Nationalität, der scharenweis zu Erwerbszwecken in das „gestittete“ Deutschland zieht. Weil man sich aber noch nicht dazu verstiegen hat, Personen, welche einzeln die Grenze überschreiten, den Zutritt zu wehren, so beschloß man alle diejenigen auszuweisen, die sich auf längere Zeit in Deutschland ansäßig machen möchten. Nichts nützen ihnen die von den österreichischen oder russischen Behörden ordnungsmäßig ausgestellten Legitimationspapiere und Pässe; nichts helfen ihnen ihr persönlicher Werth und ihre persönliche Verantwortlichkeit. Sobald sie irgend ständige Verpflichtungen oder eine entsprechende Arbeit übernehmen und sich, um den Landesgesetzen genüge zu thun, bei den betreffenden Polizeibehörden melden, droht ihnen fast sofortige Ausweisung.

Die örtlichen Polizei- und Verwaltungsbehörden haben nämlich die kategorische Weisung erhalten, alle fremdländischen Polen binnen 4 Wochen auszuweisen. Lediglich dem Oberpräsidenten der Provinz steht das Recht zu, ausnahmsweise ein längeres Verweilen zu gestatten. Aber wievieler Mühe und Gänge bedarf es manchmal, um eine derartige Erlaubniß zu erhalten.

Wie oft holt man sich einen ablehnenden Bescheid, ohne daß man hierfür Gründe angäbe. Im günstigsten Falle wird die Erlaubniß auf ein Jahr ertheilt. Die Ungewißheit, ob die Erlaubniß nach Ablauf eines Jahres verlängert werden wird, bildet naturgemäß manchmal ein Hinderniß, sich eine regelmäÙige, beständige Erwerbsquelle zu schaffen. So mancher der Zuzügler weiß sogar oft nicht, wo und in welcher Weise er die Erlaubniß zum Aufenthalt nachzusuchen hat; er muß daher kurz nach der Ankunft hiersebst unter wesentlichen materiellen Einbußen in die Heimath zurückkehren. Dasselbe Loos trifft sogar auch junge Leute, Lehrlinge oder Handwerker, die im besten Glauben hierher kamen, um sich in der Landwirthschaft oder im Handwerk auszubilden. So vergeht kein Monat, wo nicht eine Anzahl von Ausländern lediglich deshalb ausgewiesen wird, weil diese Leute Polen sind.

Wenngleich demnach das Wolffsche Bureau vielleicht mit Rücksicht auf die angekündigte Interpellation in die Welt telegraphirt hat, daß die Nachricht, die Breslauer Polizei habe die Ausweisung österreichischer Unterthanen slavischer Nationalität im großen Maßstabe angeordnet, grundlos sei, so ändert dies den Thatbestand in nichts. Denn selbst angenommen, daß jene Nachricht übertrieben war, so lassen sich doch diese unausgesetzten, unaufhörlichen Ausweisungen die jetzt vielleicht nicht so auffällig zu Tage treten, immerhin aber ebenso unbillig wie ungerecht sind, kaum ableugnen.

Fürwahr eine merkwürdige Ironie des Schicksals. Die Bestimmungen des Wiener Friedens setzten für die Polen gewisse Privilegien fest, die ihnen trotz der Vertheilung unter die drei Theilungsmächte die gegenseitigen Beziehungen erleichtern sollten. Heute nimmt die preußische Regierung denselben Polen sogar die allgemeinen Menschenrechte, die jeder andere Mensch, er gehöre einer Nationalität an, welcher er wolle, voll und ganz besitzt.

Aus Nr. 263 der Nowa Reforma
vom 17. November 1898:

Die neuen preußischen Ausweisungen.

Das alte Bismarcksche System ist wieder aufgelebt, die preußische Regierung beginnt die ausländischen Arbeiter aus den Grenzen des Staates zu verweisen, obgleich das Land der Arbeitskräfte bedarf und obwohl der fremde Arbeiter in politischer Beziehung für einen so kräftigen Staat, wie das deutsche Kaiserreich ist, nicht bedrohlich sein kann. Die preußischen Behörden weisen also die polnischen Arbeiter aus Schlessien, Pommern und Westpreußen und die dänischen aus Schleswig aus.

Zwar berichtet der Breslauer Polizei-Präsident Dr. Bienko — wahrscheinlich Pole von Herkunft — auf amtlichem Wege die Nachricht, als habe er eine Ausweisung der österreichischen Unterthanen in Bausch und Bogen angeordnet, er bemerkt jedoch periphrastisch, daß er in den einzelnen Fällen streng gemäß den seit Langem bestehenden Vorschriften verfahren habe. Wir wissen, was das bedeutet. Dr. Bienko hat die Bismarckschen Ausweisungen wieder aufleben gemacht, und er treibt die seit Langem ansässige polnische Arbeiterbevölkerung aus deren Wohnsitzen. Als das System Bismarck in Verfall zu gerathen begann, wollte der Diplomat, der sich stets für allmächtig hielt, mit einem Schlage seine Bedeutung dadurch haben, daß er den berüchtigten Feldzug gegen die Polen unternahm. Er suchte diejenigen auszurotten, die unter preußischem Scepter leben, und den Rest, ob sie nun aus Kongreßpolen oder aus Galizien stammten,

wies er scharenweise aus, ohne weder Alter noch Geschlecht zu berücksichtigen; sogar mit denen hatte er kein Erbarmen, die zwar aus polnischen Familien von jenseits der Grenze stammten, selbst aber in Preußen geboren worden waren, sich als preußische Unterthanen betrachteten und sogar Militärdienste geleistet hatten. Es half nichts, sie mußten das Land verlassen. Auch die aus dem Königreich Polen stammenden Frauen wies man aus, indem man sie so von ihren Männern trennte. Die Szenen, die sich damals abspielten, haben wir noch allzu frisch im Gedächtniß, als daß es nöthig wäre, sich hier darüber auszulassen. Dies war Bismarcksche Staatsraison, und erst als die Affäre zu einem europäischen Skandal auszuwachsen drohte und die beiden interessirten Staaten Rußland und Oesterreich angingen, mit gleicher Münze zu zahlen, indem sie die preußischen Unterthanen aus ihren Grenzen wiesen, dann erst erklärte sich Bismarck damit einverstanden, das Tempo der Ausweisungen etwas zu mäßigen, ohne sie jedoch ganz einzustellen. Unter dem Regiment des Grafen Caprivi hielten vernünftiger und menschlichere Grundsätze wieder Einkehr und man brach mit dieser wahrhaft barbarischen Politik zur Zufriedenheit aller zivilisirten Menschen aller Länder. Jetzt beginnt das Bismarcksche System allmählich wieder Einkehr zu halten, wofür die Ausweisung von Dänen aus Schleswig und von österreichischen Unterthanen aus Breslau der Beweis ist. Aus Königsberg ist sogar ein zwölfjähriger Knabe ausgewiesen worden. Wie sehr muß er die Existenz des preußischen Staates bedroht haben?!

Aus Nr. 264 der Nowa Reforma
vom 18. November 1898:

Ausweisungen.

Krakau, den 17. November 1898.

Der Tschechenklub und die Polenfraktion haben gestern bei dem Minister-Präsidenten in Betreff der Ausweisungen tschechischer und polnischer Bevölkerung aus den Grenzen der preußischen Monarchie eine Interpellation eingereicht. Die beiden verbündeten Fraktionen müßten sich dabei nicht beruhigen, sondern sich Mühe geben, daß die Regierung geeignete Schritte thue, um ihre Unterthanen slavischer Abstammung — vor der Bedrückung seitens der preußischen Regierung zu beschützen. Als vornehmstes Zeichen zivilisirter Staaten müßte gelten, daß sie sich nicht durch eine chinesische Mauer absperren, damit die Freizügigkeit namentlich der Arbeiterbevölkerung auf keine Schwierigkeiten stoße. In dieser Beziehung nützt die deutsche Bevölkerung die internationalen Zugeständnisse in hohem Maße aus. Wenn die jetzigen europäischen Staaten — von Amerika gar nicht erst zu reden — die deutschen Unterthanen auszuweisen anfangen, so würde das deutsche Kaiserreich nicht im Stande sein, seine treuen Söhne unterzubringen, viel weniger noch zu ernähren. Die ganze Reise Kaiser Wilhelms nach dem Osten hatte den einen praktischen Zweck, den deutschen Unterthanen dauernde Existenzbedingungen im ottomanischen Reiche zu sichern. Wohin wir in's Ausland nur blicken, sei es nach dem Westen, sei es nach dem Osten Europas, überall begegnen wir zahlreichen deutschen Ansiedelungen, welche die Gastfreundschaft verschiedener Staaten und Nationen genießen. Nur die Deutschen allein wollen alle fremden Unterthanen aus ihrem Staate herausbeißten. „Deutschland für Deutsche“ ist zu Hause ihr Losungswort, außerhalb der eigenen Schwelle aber ist die ganze Welt für die Deutschen.

Das, was augenblicklich die beiden mächtigsten slavischen Fraktionen in dem österreichischen Staatsrathe verlangen, ist daher durchaus keine unbegründete Forderung. Weshalb sollen denn gerade nur die slavischen Unterthanen Oesterreichs von den internationalen Rechten in Preußen ausgenommen sein? Hat denn jemals Jemand gehört, aus Preußen sei ein österreichischer Deutscher ausgewiesen worden? Also nur den Slaven, welche die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung bilden, geschieht nicht nur in Oesterreich selbst Unrecht, sondern auch außerhalb seiner Grenzen sind sie des Schutzes ihres eigenen Staates, der ihnen nach dem Buchstaben des Gesetzes gebührt, beraubt.

Die Ueberreste des Bismarck'schen Systems lebten unter dem Zauber des H.-R.-Tismus wieder auf. Die berüchtigten Ausweisungen wiederholen sich jetzt auf einmal in verschiedenen Gegenden des preussischen Staates. Die ruhigsten Menschen in der Welt, denen vor Jahren bei ihrer Ansiedelung durchaus keine Hindernisse in den Weg gelegt wurden, werden heute aus eingebildeten politischen Beweggründen, selbst dem wirtschaftlichen Landesinteresse entgegen, hinausgeworfen. In den industriellen und landwirtschaftlichen Kreisen herrscht in Preußen Mangel an Arbeitern; die Regierung wünscht jedoch eine einheitliche, in Kaisers Uniform gekleidete Bevölkerung zu haben. Wer sie nicht tragen will oder kann, wird mit sammt seiner Familie ausgestoßen. Das sind Fälle, die in keinem anderen Staate vorkommen, die aber von einer politischen Verthierung Zeugniß ablegen. Ein solches Verfahren führt zur Außerachtlassung des eigenen Vortheils und zur Mißachtung der internationalen Rechte. Welches Interesse können die Polen an der Unterstützung der österreichischen Regierung haben, wenn sie ihnen im eigenen Lande nicht nur keine Gerechtigkeit widerfahren läßt, sondern auch nach außen hin keinen Schutz gewährt? Wenn wir die Bismarck'schen Ausweisungen ertragen haben, so folgt daraus doch nicht, daß wir deren Wiederholung mit derselben Gleichgültigkeit gestatten sollten. Wir müssen immer größere materielle Opfer für die gemeinsame Armee bringen, denn dies erheischt die staatliche Stellung der Monarchie. Man läßt uns von Jahr zu Jahr unsere nationalen und wirtschaftlichen Forderungen hinauschieben, denn der Staat hat stets andere wichtigere Aufgaben zu erfüllen, welche ihm seine staatliche Stellung in Europa sichern sollen. Für die letztere geschieht in Oesterreich Alles. Welchen Nutzen haben wir jedoch davon? Der Staat wird allem Anschein nach nach Außen hin geringgeschätzt, das Ausland rechnet nicht mit demselben, wenn seine Unterthanen so behandelt werden, als wären sie von den internationalen Rechten ausgenommen. Und welcher Staat behandelt in der Weise die österreichischen Unterthanen? Es ist Preußen, dessen König zugleich Kaiser von Deutschland, eines mit Oesterreich verbündeten Staates ist. Wenn ein mit Oesterreich verbündeter Staat in dieser Weise die internationalen Rücksichten geringschätzt, was können wir da von Staaten verlangen, gegen welche sich die auswärtige, österreichisch-ungarische Politik wendet? Wir stehen unsern Freunden und Feinden gegenüber geradezu macht- und schutzlos da. Der Staat muß daher nicht vergessen, daß er seine im Auslande lebenden Unterthanen zu beschützen verpflichtet ist. Deutschland weiß diesen Schutz auszuüben, auch Frankreich und England gestatten nicht, daß ihren Unterthanen, und wohnen dieselben am Ende der Welt, Unrecht geschehe. Möge daher auch Oesterreich sich zu dieser Energie emporschwingen und seine Würde und sein Ansehen dem Bundesgenossen gegenüber nicht erniedrigen.

Aus Nr. 263 des Ozas

vom 17. November 1898:

Posen, den 14. November 1898.

Nach den Wahlen ist naturgemäß jetzt Ruhe eingetreten. In der Schwebe befindet sich nur noch die Wahlangelegenheit des Abgeordneten von Dziembowski, welche, insoweit wir unterrichtet sind, für den verehrten Rechtsanwalt günstig enden wird, was der Reichstagsfraktion zum größten Vortheil gereichen wird. Die Anwesenheit gewiegter Juristen in den polnischen Fraktionen, namentlich in der Reichstagsfraktion, ist durchaus nothwendig und sollte der Abgeordnete von Dziembowski wirklich dem Drucke seiner Gegner nachgeben und wie es in seiner Ansicht lag, sich zurückziehen wollen, so würde, soviel wir uns entsinnen, in der Reichstagsfraktion nur ein Jurist, der Abgeordnete Mottly bleiben, welcher dann in streitigen Rechtsfragen keine fachgemäße Hilfe hätte. Es ist bereits bekannt, wie ungünstig die letzten preussischen Landtagswahlen ausgefallen sind. Die polnische Fraktion ist von 17 auf 13 Mitglieder zurückgegangen. Vor Allem müssen wir bedauern, daß einer der hervorragenderen Abgeordneten aus Westpreußen, Dr. Rzepnikowski, Vizepatron des Verbandes polnischer Erwerbsgenossenschaften, weder in den Reichs- noch in den Landtag zurückkehrt. Die Ursache hiervon ist theils in dem kränklichen Zustande, hauptsächlich aber in der edlen Denkungsweise zu suchen, die ihn veranlaßt hat, seine Kandidatur in einem vollständig sicheren Wahlbezirk an den Abgeordneten von Czarinski abzutreten, der, falls Dr. Rzepnikowski das edle Opfer nicht gebracht hätte, gar nicht gewählt worden wäre.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß auch unser erbittertster Feind, der Landrath Gerlich, trotz des besten Willens und der größten Bemühungen, in den Landtag nicht gewählt worden ist. Wie es scheint, hat die unter dem Drucke des energischen Auftretens des Abgeordneten Mottly erfolgte Zurücknahme der dem polnischen Volke in einer öffentlichen Sitzung des Abgeordnetenhauses zugefügten Beleidigung hauptsächlich dazu beigetragen, daß wir ein für allemal von der politischen Bildfläche einen so unangenehmen Gegner verloren haben, der in seinem hafatistischen Hass seine Worte den parlamentarischen Anforderungen nicht anzupassen verstand. Im Reichstage, namentlich aber im Abgeordnetenhaus werden die polnischen Abgeordneten wahrscheinlich recht oft das Wort ergreifen müssen, denn an Stoff zu zahlreichen Beschwerden und Entscheidungsfundgebungen unseres Volkes wird kein Mangel sein. In letzter Zeit greifen die Regierungsbehörden, die Presse und zahlreichen hafatistischen Vereine ohne die geringste Veranlassung die polnische Gesellschaft in einer Weise an, daß diese Angriffe nicht nur der Ausfluß unbezähmbaren Nationalhasses, sondern auch einer völligen Verirrung zahlreicher Bevölkerungsschichten des deutschen Volkes zu sein scheinen. Es genügt, an die Verfügung der Danziger Regierung zu erinnern, welche den Volksschullehrern befiehlt, in ihren Familientreffen sich nur der deutschen Sprache zu bedienen. Diese ungeheuerliche Verfügung ist bis jetzt amtlich nicht festgestellt, denn die zu amtlichen Veröffentlichungen dienenden Organe hüllen sich in geheimnißvolles Schweigen. Amtlich bekannt gemacht ist dagegen in dem Jarotschiner Kreisblatte die Annahme der in der vom Kreisschulinspektor Dr. Rudenick einberufenen Lehrerkonferenz angenommenen Beschlüsse, welche u. A. jedem Lehrer zur Ehrenpflicht machen, daß er die ihn anvertrauten Kinder polnischer Abstammung dem Deutschthum zuführe,

daß er verlange, daß die polnischen Kinder überall deutsch sprechen, daß die ursprünglich deutsche Schreibweise ihrer Namen wiederhergestellt werde und daß sie ihre eigenen Kinder zu Deutschen erziehen. Kann man sich etwas Ungeheuerlicheres und Elenderes, als derartige Beschlüsse denken? Jetzt, wo in Rußland sogar eine besonders zu diesem Zwecke eingesetzte Unterrichtskommission einstimmig anerkannt hat, daß der polnische Sprachunterricht verbessert und mehr ausgedehnt werden müsse, werden in dem „Kulturstaate“ so schmachvolle, allen Grundsätzen des Christenthums und der Pädagogik widersprechende Beschlüsse gefaßt.

Indem ich den heutigen Bericht schließe, gebe ich der Hoffnung Raum, daß ich nächstens eine freudigere Seite werde anschlagen können; denn trotz aller Bedrückungen nimmt das nationale Leben bei uns seinen Lauf und offenbart sich in den vielen wissenschaftlichen, wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Vereinen. Bei dieser Beschäftigung vergessen wir die Politik und die sich aus derselben ergebenden Widerwärtigkeiten in der Ueberzeugung, daß auch wir, wie jede andere Nation, ein Recht an ein eigenes Leben und eigene Entwicklung haben.